Der Hebammenberuf.

Ein geschichtlich-statistischer Überblick mit Reformvorschlägen.

Vortrag, gehalten im Bernischen Hebammenverein, von Dr. med. A. Kraft in Bern.

I. Teil.

Wir leben heute in Verhältnissen, die sehr oft auch die Frau zwingen, am Erwerbsleben des Mannes teilzunehmen, um so die ökonomischen Verhältnisse leidlich zu gestalten. Es ist deshalb auch nichts als vernünftig, schon im Mädchen- und Jungfrauenalter darauf bedacht zu sein, dass nicht bloss das Haushaltswesen gründlich erlernt, sondern womöglich auch die Geschicklichkeit für die Ausübung eines Berufes erworben werde. Diese Erkenntnis wächst fast in allen Kreisen der Bevölkerung, und es entsteht jeweilen nur die schwierige Frage: Welche Berufsarten sind für das weibliche Geschlecht passend? müssen doch selbstverständlich neben den rein persönlichen Eigenschaften die besonderen körperlichen und geistigen Anlagen, welche das Weib vom Manne scheiden, bei der Wahl des Berufes berücksichtigt werden. Nun ist es eine bekannte Thatsache, dass leider die Eignung zum Beruf nicht immer allein das Wort hat; viele Frauen sind gezwungen, Leben und Gesundheit in ermüdender, schädigender Fabrikarbeit aufs Spiel zu setzen, andere betreten mit mehr oder weniger Erfolg und Schaden für den Gesundheitszustand die wissenschaftliche Laufbahn und wirken als Lehrerinnen, Ärztinnen, ja sogar Juristinnen, wieder andere stehen im Postdienst, der nach den Erfahrungen des deutschen Reichspostamtes auf die Gesundheit der Frau in schlimmem Sinne einwirkt; wenige erfüllen ihr Lebensziel in der Pflege der Kranken, als Krankenschwestern, im besonderen auch als Helferinnen der Gebärenden und Mütter, nämlich als Hebammen. Gerade die letztere Berufsausübung der Krankenpflege ist für Frauen ganz besonders geeignet, und es sollte die Möglichkeit geboten sein, recht vielen Frauen Gelegenheit zu geben, sich in diesem Berufe zu bethätigen. Billrot hebt in seinem Buche über die Krankenpflege hervor, wie gerade die Frauen am besten sich dazu eignen, die Leidenden zu pflegen, indem Gemüt, Ausdauer und körperliche Geschicklichkeit sich bei ihnen sehr oft miteinander vereinigen. Fehling, der seiner Zeit in Basel als Geburtshelfer wirkte, spricht sich dahin aus, dass der Hebammenberuf von den Frauen noch mehr zum Erwerbs-

studium gemacht werden sollte, und er meint, es wäre besser, wir hätten statt Ärztinnen, die für diesen Beruf weder körperlich noch geistig durchaus befähigt sind, ähnlich ausgebildete Hebammen. An der Richtigkeit dieser Anschauung ist nicht zu zweifeln. Die Fortschritte, welche die medizinische Forschung macht, stellen auch an die Berufsausbildung der Hebammen erhöhte Anforderungen und erheischen ein reichliches Studium, wenn der Beruf richtig ausgeübt werden soll, denn nur dann ist die Aufgabe der Hebamme eine dankbare.

Nun ist allerdings die Unterstützung der Gebärenden von jeher Sache der Frauen gewesen, und ein Gang durch die Geschichte lehrt uns, dass überhaupt jahrhundertlang das ganze Gebiet der Geburtshilfe und Behandlung von Frauenkrankheiten in den Händen der Frauen lag, da die Männer aus den verschiedensten Gründen, nicht wenig aus dem Grunde des Schamgefühls, von diesem Zweige der medizinischen Wissenschaft ausgeschlossen blieben. Der Gang der Geschichte lehrt uns aber auch, wie wenig die Frauen, mit einigen rühmlichen Ausnahmen, zu der wissenschaftlichen Entwicklung der Geburtshilfe beigetragen haben, und zu welch schweren Folgen für Mütter und Kinder das Vorurteil gegen Manneshilfe führte. Solange natürlich die Ärzte höchst selten und nur in den verzweifeltsten Fällen gerufen wurden, um eine rohe Hülfe zu leisten, fehlte jede Gelegenheit zur Erkenntnis. Das Wissen blieb gering und das Können auf der niedrigsten Stufe. Das änderte sich, sobald die Vorurteile überwunden waren, die Geburtshilfe Sache der Ärzte wurde. In raschem Fluge hat sie sich unter männlicher Leitung und Forschung theoretisch und praktisch zur wissenschaftlichen Kunst herangebildet, und nun zeigte es sich, wie nötig es sei, auch die Frauenhülfe auf eine nach wissenschaftlicher Erkenntnis geregelte Grundlage zu stellen. Aus diesem Grunde können wir die Geschichte des Hebammenwesens und den geschichtlichen Entwicklungsgang der Geburtshilfe an dieser Stelle nicht mit Stillschweigen übergehen. Die ersten Angaben über die Geburtsleitung reichen ins graue Altertum zurück. Schon zur Zeit der Ägypter leisteten Frauen Hebammendienste, und sie scheinen

sogar eine Art Ausbildung genossen zu haben, wenigstens existierte in *Sais* eine Hebammenschule, an der Frauenärzte oder Hebammen lehrten. Über den Stand der Kenntnisse sind wir nicht unterrichtet. Bei den *Indiern* stand die Geburtshilfe auf einer niedern Stufe und wurde von gewöhnlichen, unwissenden Frauen betrieben; auch in *China* war die Geburtshilfe Sache der Frauen. In *Japan* wurden im 9. Jahrhundert v. Chr. Mädchen von 15—25 Jahren in der Geburtshilfe und Behandlung von Frauenkrankheiten unterrichtet. Sie bildeten dann eine Art Standesgenossenschaft, lebten abgesondert und leisteten Hilfe bei Geburten, behandelten auch Frauenkrankheiten. In *Griechenland* gab es Geburtsfrauen, nicht eigentlich gebildete Hebammen. Diese leiteten gewöhnliche Geburten, verstanden sich aber auch auf Fruchtabtreibung und übten nebenbei noch das einträgliche Gewerbe der Kuppelei aus, indem sie Männern und Frauen zu passenden Partien verhalfen. Ihre Kenntnisse waren nicht grossartig, was mit dem damaligen Standpunkte des Wissens überhaupt zusammenhing. Immerhin wurden Ärzte nur im äussersten Notfalle zugezogen und damit für eine richtige Geburtshilfe viel vernachlässigt. Auch die Wissenschaft der Ärzte stand aus schon angeführten Gründen auf schwachen Füßen. Hippokrates, der Vater der Medizin, hatte einige geburtshülfliche Kenntnisse, huldigte aber auch falschen Anschauungen, die wir deshalb anführen, weil die Autorität des Hippokrates bis ins Mittelalter das Gebiet der ärztlichen Thätigkeit beherrschte. Hippokrates erwähnt z. B. die Veränderungen des Muttermundes während der Schwangerschaft; er kennt Schädellagen, Fusslagen, Querlagen und Armlagen, ohne indessen der praktischen Geburtshilfe, auch zu Handen der Hebammen, eine Wegleitung geben zu können. Die Fusslagen hielt er z. B. für äusserst gefährlich, als allein richtige und die Geburt auf natürlichem Wege ermöglichende Geburtslage des Kindes galt die Schädellage; es ist das selbstverständlich, weil ja in der That in der Mehrzahl der Fälle das Kind sich in dieser Lage zur Geburt stellt. Allein auch Beckenendlagen, wie Fuss- und Steisslagen verhindern nicht einen regelmässigen Geburtsverlauf. Der Mangel dieser Erkenntnis führte natürlich zu zwecklosen Eingriffen und war so verhängnisvoll. Hippokrates empfahl, bei allen regelwidrigen Lagen den Versuch zu machen, sie in eine *Kopflage* umzuwandeln. Die Wendung auf den Kopf blieb deshalb lange Zeit der einzige Kunstgriff, den Ärzte und Hebammen versuchten und nicht einmal richtig ausführten, sondern roh und planlos, durch Drücken des Leibes der Gebärenden und Zurückschieben der Teile des Kindes. Statt zu helfen, verursachten sie mit ihren Eingriffen nur Schmerzen. Wenn die Wendung auf den Kopf nicht

gelang, wartete man bei Beckenendlagen selten den normalen Verlauf, zum mindesten eine Zeit lang noch ab, sondern griff zu den rohesten Mitteln der Geburtshilfe, indem man dem Kinde Glieder abschnitt und es zerstückelte, hierbei auch noch die Frau mitverletzte, so dass recht oft Mutter und Kind dem Verfahren zum Opfer fielen. Wenn bei einer Schädellage, wie das aus den verschiedensten Gründen vorkommt, die Geburt nicht vorwärts ging, war man ratlos; man versuchte zwar mit den Händen, mit Schlingen und Haken das Kind herauszubefördern, wobei das Kind zu Grunde ging, und dasselbe Los wurde sehr häufig auch der Frau zu teil. Die Wendung auf die Füsse kannte man überhaupt nicht. Die Leitung der Nachgeburtzeit war ebenfalls nichts weniger als kunstgerecht. Hippokrates empfahl, die Nachgeburt durch Zug an der Nabelschnur zu entfernen oder aber durch Erschütterungen des Körpers, wie Brechen und Niesen, ihre Abstossung zu bewirken. Ja Hebammen und Ärzte liessen auch Kind und Nachgeburt miteinander in Verbindung, bis die Nachgeburt sich losgelöst hatte, und wenn die Ausstossung zu lange dauerte, liess man das Kind an der Nabelschnur hängen, oder man schnitt es ab, und ersetzte den durch das Kind bewirkten Zug durch ein Gewicht. Es sind das Eingriffe, welche heute sehr oft zu einer empfindlichen Strafe der Hebammen führen würden. Irrig war auch die Ansicht des Hippokrates, die jahrhundertlang galt und selbst im Jahre 1831 noch geltend gemacht wurde, dass das *Kind sich selbst gebäre* und darin durch die Schwere unterstützt werde. Man hatte also keine Anschauung vom natürlichen Vorgang der Geburt, man wusste nicht, dass die Muskelkraft der Gebärmutter und der Bauchpresse das Kind ans Tageslicht befördern; dieser Irrtum war verhängnisvoll, nicht weil man fälschlicherweise deshalb die Geburt der kräftigen Knaben für leichter hielt als die Geburt der schwächer konstituierten Mädchen, sondern weil man annahm, die Geburt eines *toten Kindes sei äusserst schwierig*, denn selbstverständlich konnte nach den gegebenen Anschauungen ein totes Kind sich nicht selbst gebären, indem es sich an den Gebärmuttergrund anstemmte, die Blase sprengte, den Muttermund öffnete und so das Licht der Welt suchte. Unzweckmässige Eingriffe von seiten der Hebammen und Ärzte waren nur eine natürliche Folge. Weniger gerade schädlich als bezeichnend für den damaligen Stand des Wissens und die Untersuchungskunst der Hebammen ist die von Hippokrates verbreitete und von der ganzen geburtshülflich thätigen Welt geglaubte Ansicht, dass das Kind bis zur Geburt auf dem Steiss sitze und sich unmittelbar vor der Geburt erst durch eine gewaltige Drehung auf den Kopf stelle. Diese Übersicht giebt uns ungefähr ein Bild vom damaligen Wis-

sen und der Thätigkeit der Hebammen. Auch in *Rom* lag die Geburtshilfe in den Händen der Frauen. Der Stand der Kenntnisse und die praktische Thätigkeit war nicht viel fortgeschrittener als in Griechenland. Rom stand unter dem Einflusse der Hippokratischen Lehre, und entgegengesetzte Anschauungen drangen nicht durch, ob sie auch auf ganz richtiger Erkenntnis beruhten. So hat Cornelius Celsus (zwischen 25—30 v. und 45—50 Jahre n. Chr.) die Steisslagen in Fusslagen umgewandelt, immerhin aber auch noch dem rohen Verfahren des Gliederabschneidens gehuldigt. Ein anderer römischer Arzt des zweiten Jahrhunderts n. Chr., Soranus, hat ein Buch für Hebammen geschrieben und denselben darin ebenfalls die *Wendung auf die Füsse* bei lebendem Kinde gelehrt; allein diese geburtshülfliche Operation war noch 200 Jahre n. Chr. nicht allgemein in Gebrauch. Tertullian, ein römischer Kirchenvater, erzählt uns nämlich, dass damals noch bei Querlagen, wenn die Wendung auf den Kopf nicht gelang, das Kind zerstückelt und dann umgebracht wurde, und dieses Verfahren behielt denn auch trotz Soranus und Celsus die Oberhand. Die Wendung auf die Füsse geriet in Vergessenheit. Soranus riet den Hebammen auch an, die Nachgeburt mit der Hand sofort loszulösen, ein Verfahren, das für die Folgezeit üblich blieb und in seiner allgemeinen Anwendung ebenso verkehrt war wie die früher beschriebenen Eingriffe. Was die übrigen geburtshülflichen Kenntnisse anbelangt, darf erwähnt werden, dass der Arzt Moschion (6 Jahrh. n. Chr.) die Gesichtslage kannte und den Rat erteilte, sie in Schädellagen umzuwandeln. Claudius Galenos (131—201 oder 210 J. n. Chr.) fasste den Geburtsvorgang richtig auf, indem er die Idee aufgab, dass das Kind sich selbst gebäre, und ganz der Thatsache entsprechend die Zusammenziehungen der Gebärmutter und die Bauchpresse als Ursachen der Geburt betrachtete. Allein seine Ansicht drang nicht durch. Das geburtshülfliche Wissen in Rom dürfte mit diesen Ausführungen im allgemeinen gekennzeichnet sein. Bei den *Arabern* lag die Geburtshilfe ganz in den Händen der Geburtsfrauen, die über einige geburtshülfliche Kenntnisse verfügten, selbst schwierige geburtshülfliche Operationen ausführten und sogar bei Nierensteinen den Steinschnitt wagten. Die ärztliche Thätigkeit konnte nicht in Frage kommen, weil religiöse Anschauungen die Behandlung der Frauen durch Männer ausschlossen. Trotzdem fehlte es nicht an tüchtigen Ärzten; die auch für die Geburtshilfe Ratschläge erteilten, nur leider merkte man diesen Ratschlägen an, dass sie nicht aus der praktischen Erfahrung hervorgingen. Für die Thätigkeit der Hebammen waren sie somit von zweifelhaftem Wert und konnten selbst schädlich wirken, indem auch die arabische Geburtskunde und -kunst

durchaus vom Geiste des Hippokrates durchweht war. Auch bei den *Juden* leiteten Hebammen die Geburt, wie z. B. aus dem 35. Kapitel des 1. Buch Moses hervorgeht, das von der Niederkunft der Rahel handelt. Es heisst daselbst: „Und es kam sie hart an unter der Geburt, da es ihr aber so sauer ward in der Geburt, sprach die *Wehemutter* zu ihr: Fürchte dich nicht, denn diesen Sohn wirst du auch haben. Da ihr aber die Seele ausging, dass sie sterben musste, nannte sie ihren Sohn Benoni!“ Diese Stelle beweist auch, dass die Kunst der Hebammen offenbar keine grosse war und von Osiander richtig gekennzeichnet wird, wenn er sagt: „Statt zu helfen, trösteten sie die Kreissenden, bis ihnen die Seele ausging.“ Osiander setzt hinzu: „eine üble Gewohnheit der Hebammen, die sich bis auf unsere Zeit fortgepflanzt hat!“ und er mag wohl nicht so unrecht haben. Die jüdischen Hebammen verfügten also über kein grösseres Wissen als die Geburtsfrauen der damaligen Zeit.

Zwischen den Zuständen der alten Völker und der Neuzeit liegt die dunkle Kluft des Mittelalters, diese Zeit des Unwissens und Aberglaubens. Die ärztliche und geburtshülfliche Thätigkeit stand auf der niedrigsten Stufe. Nicht nur wurde kein neues Wissen gesammelt, sondern auch das Wissen der Alten ging unter in der Nacht der gedankenlosen geistlichen Zucht. Die Ausübung ärztlicher Thätigkeit lag in den Händen der Klosterbrüder, welchen aber selbstverständlich aus religiös-sittlichen Motiven, trotz der sonst herrschenden Sittenlosigkeit, die Geburtshilfe untersagt war. Diese lag daher ganz in den Händen ungebildeter Frauen, denen um so weniger eine auf Wissen beruhende Thätigkeit zugemutet werden konnte, da ja der allgemeine Stand der Wissenschaft ein so niedriger war. Über den Grad ihrer Kenntnisse oder besser gesagt Unkenntnisse und Leistungen haben wir aus den ersten Jahrhunderten des Mittelalters nur spärliche Kenntnisse. Doch giebt uns eine Bemerkung des Arztes Albertus Magnus (1193—1280) einige Anhaltspunkte zur Beurteilung der krassen Unwissenheit. „Wo das Kind mit einem Fuss oder einer Hand vorliegt, stossen die Hebammen das Kind sorgtätig zurück, wodurch so grosse Schmerzen entstehen, dass die Frauen, wenn sie nicht ganz stark sind, meistens bis zum Tode entkräftet werden.“ Hebammen gab es übrigens überall, und auch die Ärztinnen leisteten vorzugsweise Hebammiendienste. Aus dem vierzehnten Jahrhundert ist uns sogar eine Taxation der Hebammenleistungen bekannt. Sie erhielten z. B. in Würzburg nach der amtlich festgestellten Taxe für die Leitung einer Geburt $\frac{1}{2}$ Mark, was nach heutiger Währung 5—7 Mark oder 6—9 Franken ausmacht. Die allgemeine Unkenntnis dauerte, abgesehen von

einzelnen beachtenswerten Ausnahmen, bis zum Ende des fünfzehnten und Beginn des sechzehnten Jahrhunderts, und sie war, wie wir sehen werden, namentlich bei den Hebammen durch das ganze sechzehnte, siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert hindurch noch recht gross. Immerhin mag angeführt werden, dass im dreizehnten Jahrhundert Arnold v. Villanova (1235 bis 1312) die Wendung auf die Füsse anriet, Bertrucci (1447) den Eihautstich, Savonarola (1462) die Entbindung des Kindes durch Zug an den Füssen den Hebammen empfahl. Im *sechzehnten Jahrhundert* lag die Geburtshilfe in den Händen der Hebammen, dieselben wurden im allgemeinen durch Lehrmeisterinnen unterwiesen, dann von den *Bürgermeisterinnen* geprüft, was für den Wert der Prüfung und der verlangten Kenntnisse sprechend ist. Hie und da prüften auch Ärzte, und dann fand die Beerdigung statt. Den Hebammen war nunmehr gestattet, in den schwersten Fällen Geburtsbeistand zu leisten und Operationen auszuführen. In England war das Verfahren etwas anders. Einflussreiche Damen empfahlen Frauen, die Hebammen werden wollten, einem Bischof, der die Hebammenschülerinnen dann unter Beihülfe eines Arztes prüfte und sie in dem unterrichtete, was sie nicht wussten. Man kann sich denken, was dieser geistliche Hebammenunterricht für Früchte zeitigte, und in der That wurde auch über die Unwissenheit und Ungeschicklichkeit der Hebammen laut und viel geklagt, und es galt durchs ganze Jahrhundert hindurch der Ausspruch des *Eucharius Rösslin* (1512), „dass die Hebammen allesamt gar kein Wissen handt und Kind verderben weit und breit“. An dieser Tatsache änderte selbst der Umstand nicht viel, dass im Laufe des Jahrhunderts Hebammenverordnungen entstanden und in Frankreich chirurgische Lehrer den Unterricht erteilten. Die Hebammen arbeiteten meistens in arger Weise an den Frauen herum, ölten, kataplasmierten und räucherten die Scheide der Frau, um die Geburt zu befördern, kamen mit ihren Händen während der ganzen Dauer derselben fast nie aus den Geschlechtsteilen der Frau heraus und gaben auch allerhand treibende und stärkende Tränke, setzten also das Leben von Mutter und Kind beständig in leichtsinniger Weise aufs Spiel. Es gab damals Land- und Stadthebammen, sowie Leibhebammen mit Gehalt. So hatte z. B. die Stadt Graz vier Hebammen. Die Landschaftshebammen in der Steiermark bezogen jährlich eine Besoldung von 100—300 Mark oder 1000 bis 3000 Mark, 1250—3750 Franken nach heutiger Währung. Die Besoldung war im Verhältnis zu den Leistungen zu hoch gehalten. Trotzdem im sechzehnten Jahrhundert die Thätigkeit der Hebammen noch keine grossartige kunstvolle war, müssen wir an-

erkennen, dass in vielen Ländern die Ärzte lebhaft an einer Verbesserung der geburtshülflichen Thätigkeit arbeiteten, so dass das sechzehnte Jahrhundert einen Wendepunkt zum Bessern bildete. Die italienischen Anatomen vervollkommneten die Lehre vom Baue der weiblichen Beckenteile. Der deutsche Arzt Eucharius Rosslin (1526) gab ein klassisches Hebammenbuch, „Der svangeren Frauen und Hebammen Rosegarten“, heraus, in welchem er die lange vergessene Wendung auf die Füsse empfahl, sowie die Einleitung der Frühgeburt bei totem Kinde. Immerhin hatte er sich von der Hippokratischen Idee nicht losgelöst und zog die Wendung auf den Kopf vor. Ein Schweizerarzt, Jakob Rueff (gest. 1558) in Zürich, gab Zangen an zur Ausziehung toter Kinder. Von der grössten Bedeutung aber für die fernere Entwicklung der Geburtshilfe und des Hebammenwesens ist die französische Schule geworden, die mit dem berühmten Chirurgen *Ambroise Paré* (1509—1590) beginnt. Er führte die Wendung auf die Füsse wieder in ausgedehntem Masse ein, und noch mehr wirkte für diese Einführung sein Schwiegersohn Jacques Guillemeau (1550—1613). Überhaupt darf man sagen, dass Paré und seine Schüler, wozu auch Frauen gehörten, mit der zum Teil alten und grauenhaften mittelalterlichen Geburtshilfe brachen und die wissenschaftliche männliche Geburtshilfe verbreiteten. Im Hôtel Dieu zu Paris wurden nun Hebammen unterrichtet. Eine der hervorragendsten Schülerinnen war die *Louise Bourgeois*, welche, 1564 geboren und unter Paré gebildet, zur Leibhebamme der Maria von Medici vorrückte. Ihre Wirksamkeit erstreckte sich bis in den Anfang des siebzehnten Jahrhunderts, und man darf ihr das Lob nicht versagen, dass sie zum methodischen Ausbau einer rationalen Geburtshilfe viel beigetragen hat. Sie empfahl die *Wendung auf den Kopf* nur noch bei *Schulterlagen* und kannte die *Gesichtslagen*. Sie warnte vor Verwechslung mit *Steisslagen* und riet, bei Gesichtslagen alles anzuwenden, „dass das Kind bald geboren werde, damit es nicht im Gesicht so verstellt und abscheulich gestaltet werde, als wäre es ermordet“ (1628). Dass ein Kind auch bei Gesichtslagen normal geboren werden könne, wusste sie nicht. Ihr Hauptverdienst war aber die durch Guillemeau und Paré angebahnte weitere Ausbildung der Anwendung der *Wendung auf die Füsse*, die sie auch bei *Beckenendlagen* anempfahl, immerhin mit der Beschränkung, dass die Hebammen bei schwachen Wehen zuwarten, bei starken Wehen aber das Kind an den Füssen herausziehen sollen. Es war dieser Rat zwar immer noch unter dem Einfluss der Hippokratischen Lehre von der Gefährlichkeit der Fusslagen und Steisslagen, deren natürliche Entwicklung man immer zu beschleu-

nigen suchte, trug aber doch dazu bei, manchen gefährlichen und unnützen Eingriff zu verhüten. Sie verfasste auch ein Hebammenbuch, das grosse Verbreitung fand. Im *siebzehnten Jahrhundert* machte die Geburtshilfe in Frankreich grosse Fortschritte, und auch die Ausbildung der Hebammen wurde zusehends besser, da, wie wir gesehen, im Hôtel Dieu Chirurgen aus der Schule Parés den Hebammenunterricht erteilten. In Deutschland und England allerdings lagen die Verhältnisse anders. Noch lange Zeit blieben die ältern Hebammen die einzigen Lehrerinnen der Geburtskunst. Erst gegen das Ende des Jahrhunderts mussten die Wehemütter vor dem Eintritte in die Praxis sich einer Prüfung unterziehen, die von Professoren, Physikaten, Ärzten oder von einem Kollegium von Ärzten und Wundärzten abgenommen wurde. Die Thätigkeit der Hebammen erstreckte sich auf die Leitung normaler Geburten, aber auch auf die Ausführung geburtshülfflicher Operationen. Leider waren die Leistungen im allgemeinen noch nicht rühmendwert und standen mit den heutigen Anschauungen über Geburtsleitung im grellsten Widerspruch. Die Hand der Hebamme blieb fast während der ganzen Dauer der Geburt in der Scheide der Gebärenden; da auch die Reinlichkeit eine mangelhafte war, stand der Infektion Thür und Thor offen. Immerhin suchte man den Hebammenberuf dadurch zu heben, dass man die Hebammen durch Verordnungen zu medizinischen Standespersonen machte. Für ihre Leistungen wurden die Hebammen ziemlich gut bezahlt. Sie erhielten durchschnittlich für die Leitung einer Entbindung Mk. 2—3, oder nach heutiger Währung Mk. 20—60 (Fr. 25—70). Das ist ein befriedigendes Honorar, wenn wir die hessischen Taxen von 1865, die heute noch gültig sind, damit vergleichen, welche für die Leitung einer Entbindung und die erste Behandlung der Wöchnerin nicht mehr als Mk. 1.70—3.40 bezahlt oder ca. Fr. 2.20—4.30. Trotz der im allgemeinen argen Unwissenheit der Hebammen hat doch das siebzehnte Jahrhundert auch wieder andere Hebammen hervorgebracht, welche zu den Zierden des Standes gehören und ihren Beruf mit Verstand und Geschick ausübten und auch das geburtshülffliche Wissen förderten. Es ist natürlich, dass die französische Schule im Vordergrund stand. So verfasste die Nachfolgerin der Bourgeois in der Oberhebammenstelle des Hôtel Dieu, *Marquérîte du Tertre*, verwitwete de la Marche, ein Hebammenbuch (1677). In England schrieb die Hebamme Jane Sharp (1671) ebenfalls ein solches Buch. Unter den deutschen Hebammen ragte hervor die Pfarrerstochter *Justine Siegmundin*, geb. Dietrichin, welche zur kurbrandenburgischen Hofwehemutter ernannt worden war. Sie ver-

fasste ein Lehrbuch für Hebammen, das dadurch noch an Wert gewinnt, dass es auf eigenen Beobachtungen und Erfahrungen beruht. Sie wies darauf hin, dass bei Stirnlagen die Geburten auch ohne Kunsthilfe normal endigen können. „Noch geht es auch, wenn Gott will, ohne Hülfe, wenn die Frauen nur bei Kräften seyn.“ Sie machte in gewissen Fällen die Wendung auf den Kopf, zog aber die Wendung auf die Füsse vor und empfahl für diesen Zweck den sogenannten doppelten Handgriff, der heute noch üblich ist und der Handgriff der Siegemundin genannt wird. Bei Blutungen in der Schwangerschaft leitete sie die Frühgeburt ein vermittelt des Blasenstichs.

Das *achtzehnte Jahrhundert* oder das Jahrhundert der Aufklärung, welches sich von den alten Überlieferungen gänzlich loslöste und die Entwicklung der Wissenschaften mächtig förderte, beeinflusste auch die Geburtshilfe und das Hebammenwesen im Sinne fortschreitender Entwicklung. Immer noch lag die Geburtshilfe zum grössten Teil in den Händen der Hebammen, allein der Unterricht wurde allgemein auf eine andere Grundlage gestellt. Das gewerbsmässige, durchaus unwissenschaftliche Erlernen der Kunst hörte auf, und wie in Paris, so trat auch anderwärts an seine Stelle der methodische, theoretische und praktische Unterricht in *staatlichen Hebammenschulen*. Für Frankreich bildete wie im siebzehnten so auch im achtzehnten Jahrhundert das Hôtel Dieu den Mittelpunkt der Entwicklung des geburtshülfflichen Wissens. Chirurgen erteilten den Hebammenschülerinnen Unterricht und wurden im praktischen Lehramt unterstützt durch die Oberhebammen des Spitals. In Strassburg errichtete der Geburtshelfer Joh. Jak. Fried im Jahre 1728 eine Privatlehranstalt für Geburtshilfe und führte so in Deutschland den methodischen Hebammenunterricht ein. Die Ausbildung geschah nach folgenden Regeln. Von den sechs in Strassburg praktizierenden Stadthebammen durfte jede eine Lehrtochter annehmen, die sie ein Jahr lang praktisch unterrichtete, dann mussten die Lehrtöchter noch ein weiteres Jahr die Vorlesungen des Hebammenlehrers besuchen und ausserdem mit ihrer Prinzipalin einmal der Sektion einer weiblichen Leiche, resp. einer schwangeren oder nach der Geburt verstorbenen Frau beiwohnen, um die *Anatomie* kennen zu lernen. Nach Schluss des zweijährigen Kurses wurden sie vom Physikus, Prodekan und dem Hebammenlehrer geprüft, mussten noch ein Examen vor den sechs eingeschworenen Stadthebammen ablegen, worauf ihnen als beeidigte Hebammen zu praktizieren erlaubt war. Das Beispiel der Errichtung von Hebammenschulen fand bald allgemein Nachahmung, so dass wir dieselben gegen das Ende des Jahrhunderts in allen Staaten vertreten sehen. Immer-

hin dürfen wir nicht etwa annehmen, dass damit eine plötzliche Umwandlung in der Praxis der Geburtshilfe stattfand. Noch bis gegen das Ende des achtzehnten Jahrhunderts lag die Geburtspflege immerhin in den Händen mehr oder weniger gut geschulter Hebammen, und da die Ärzte die Geburtshilfe noch mehr wissenschaftlich als praktisch betrieben, leisteten die Hebammen ihren Beistand sowohl bei normalen als regelwidrigen Geburten. Die Fortschritte der Geburtshilfe kamen also vorerst auch nicht allen Frauen zu gute, sondern nur den ökonomisch gut situierten und hochgestellten. Unter den Hebammen des achtzehnten Jahrhunderts ragen zwei französische besonders hervor, nämlich die *Louise Lachapelle* (1769—1821) und ihre Schülerin *Marie Anne Victorine Boivin* (1773 bis 1841); beide nicht nur praktisch, sondern auch schriftstellerisch mit Erfolg thätig. Einen Wendepunkt in der geburtshülflichen Technik und in der ganzen Entwicklung der Geburtshilfe und des Hebammenwesens bildete die *Erfindung* der unschädlichen *Kopfbzange* von Jean Palfyn (1650—1730) und den Gebrüdern Chamberlein, die 75 Jahre zuvor schon eine noch bessere Zange als die Palfynsche in schmutziger Weise als Geheimnis ausbeuteten. Die Palfynsche Zange wurde von Smellie und Levret verbessert und ist eine äusserst wichtige Errungenschaft. Bis zu ihrer Erfindung und praktischen Anwendung war es in vielen Fällen unmöglich, eine Kopfgeburt, wenn sie stille stand und eine Wendung nicht mehr ausgeführt werden konnte, zu Ende zu führen, ohne das Leben von Mutter und Kind oder doch wenigstens das Leben des Kindes aufs Spiel zu setzen. Das Kind war eigentlich regelmässig verloren, und es wurden deshalb solche verharrte Kopflagen auch von den Hebammen und Ärzten weit mehr gefürchtet, als wirklich regelwidrige Lagen, wie aus den Angaben der Justine Siegmund, de la Mottes u. a. hervorgeht. Diese Lagen hatten aber auch den Nachteil, dass sie die männliche Geburtshilfe bei den Frauen in Misskredit brachten, denn wenn die Geburt nicht vorwärts ging, wurden die Ärzte gerufen, und es blieb ihnen meistens nichts anderes übrig, als mit allerlei Instrumenten das Kind anzubohren und mit scharfen Haken herauszuziehen. Dieses einzige mögliche, aber rohe Verfahren schreckte die Frauen so sehr ab, dass sie sich lieber den unwissenden Hebammen als den Chirurgen anvertrauten. Indessen blieb es doch der männlichen Geburtshilfe vorbehalten, auch für diese Fälle einen bessern Ersatz zu finden, und das war die Zange, welche nunmehr die Ärzte in stand setzte, auch solche gefürchtete Kopflagen in den meisten Fällen ohne Schaden für Mutter und Kind zu vollenden. Es darf uns nicht wundern, wenn eine so segensreiche Erfindung dem

Ansehen der ärztlichen männlichen Geburtshilfe zum Durchbruche verhalf, während die Hebammen ihren Ruf als Geburtshelferinnen verloren und nur noch zur Leitung von regelrechten Geburten herbeigezogen wurden. Mit der Eroberung der praktischen Geburtshilfe durch die Ärzte wurde dieselbe mächtig gefördert, die anatomischen und physiologischen Verhältnisse genauer erforscht, die bisherigen mangelhaften Kenntnisse erweitert und vervollkommenet zum Segen der Mütter und Kinder.

So treten wir denn ein in das *neunzehnte Jahrhundert*, in welchem sich die Geburtshilfe zu einem durchaus selbständigen und geachteten Zweige der medizinischen Wissenschaft ausgebildet hat und zu einem hervorragenden Bestandteile ärztlicher Berufsausübung geworden ist. Der Arzt ist nunmehr Geburtshelfer, die Hebammen aber sind keine Geburtshelferinnen mehr, sie leiten bloss noch die normalen Geburten, allein ihre Stellung ist trotzdem keine geringere geworden, als sie in früheren Zeiten war. Den Ruf als allmächtigè Leiterinnen der Geburten haben sie eingeüsst, an Achtung und Gewicht aber dadurch gewonnen, dass die fortschreitende Wissenschaft sie aus der einstigen allgemeinen Unwissenheit herausriss und sie durch einen geregelten Unterricht in gut geleiteten Hebammenlehranstalten oder durch geburtshülflich gebildete Ärzte in den Stand setzt, die normale Geburtshilfe nach allen Regeln der Kunst zu besorgen, die zweckmässigen Schritte einzuleiten und so weit segensreicher für Mutter und Kind zu wirken als jene unwissenden wirklichen Wehefrauen verflorener Jahrhunderte. Aber wie grosse Fortschritte auch das fließende Jahrhundert auf dem Gebiete der Hebammenausbildung gezeigt hat, vergesse man doch ja nie, dass noch weit mehr zu thun übrig bleibt.

II. Teil.

Fähigkeitsausweis.

In der Schweiz vollzog sich die Entwicklung der Geburtshilfe genau in den Grenzen, die wir in unserm geschichtlichen Rückblick gezeichnet haben. Auch hier lag die geburtshülfliche Thätigkeit bis zur Neige des achtzehnten Jahrhunderts in den Händen unwissender oder mangelhaft geschulter Hebammen. Im neunzehnten Jahrhundert vollzog sich dann jene Wandlung, die wie in andern Ländern, so auch bei uns die Geburtshilfe und damit das Hebammenwesen auf eine andere Grundlage stellte und schliesslich zu jener heutigen Lage der Verhältnisse führte, die den Gegenstand unserer Erörterungen bildet. Die Hebammen

sind heute bei uns eine Art Staatsbeamte. Sie sind es geworden, weil im Verlaufe des neunzehnten Jahrhunderts die Pflicht des Staates, für die Erhaltung der Gesundheit des Volkes zu sorgen, sich nach und nach zum staatsrechtlichen Grundsatz zu entwickeln scheint. Deshalb übernimmt der Staat die Leitung des Gesundheitswesens; deshalb ist auch selbstverständlich die Regelung des Hebammenwesens Sache des Staates. Wir sehen somit, dass die Staatsgewalt immer mehr dem Hebammenwesen ein reges Augenmerk schenkte und mit dem Fortschreiten der geburtshilflichen Wissenschaft auch an die Hebammen die Anforderung einer wissenschaftlichen Berufsausbildung stellte, um so das Leben der Mütter und Kinder nur den günstigsten Bedingungen auszusetzen. Nach altem föderalistischem Prinzip ist nun diese Regelung den Kantonen überlassen, und wir ermangeln deshalb einer einheitlichen Gesetzgebung, wie wir sie wenigstens mit Bezug auf das Recht der Berufsausübung für die übrigen medizinischen Berufsarten erzielt haben. Die Hebammen nehmen ohne eigentlichen Grund eine Sonderstellung ein, was für ihre berufliche Ausbildung kein Vorteil genannt werden kann. Sehen wir vom Kanton Glarus ab, der das Goldland aller medizinischen Pfuscher ist und deshalb auch die Ausübung des Hebammenberufes nicht von einem Fähigkeitsausweis abhängig macht, so finden wir in sämtlichen Kantonen Bestimmungen über die Anforderungen, die man an die persönliche Ausbildung derjenigen stellen muss, die sich dem Hebammenberufe widmen wollen; selbst der Kanton Appenzell A.-Rh., in welchem die Praxis freigegeben ist, scheint bezüglich des Hebammenberufes die Wichtigkeit einer wissenschaftlichen Vorbildung der Hebammen für das Leben der Mütter und Kinder nicht unterschätzt zu haben und gestattet die Ausübung dieser Berufsart nur patentierten Personen, welche sich in geeigneten Lehrkursen eine gehörige Ausbildung geholt haben. Dass aber trotzdem nicht überall für eine zweckmässige Geburtspflege gesorgt war, und zwar bis in die jüngste Zeit hinein nicht, geht aus der Verordnung des Kantonsrates von Unterwalden ob dem Wald hervor, die im Jahre 1895 erlassen wurde, ausdrücklich zu dem darin vorangestellten Zwecke: „um dem fühlbaren Mangel an den Anforderungen der geburtshilflichen Wissenschaft entsprechend gebildeten Hebammen zu steuern und die Schwierigkeiten möglichst zu heben, welche sich der Bemühung entgegenstellen, geeignete Kandidatinnen zu diesem Berufe zu finden“. Es geht aus diesem Schreiben hervor, dass noch lange nicht überall ideale Zustände herrschen. In der That beklagte sich der Regierungsrat des Kantons Tessin im Jahre 1887 noch darüber, dass in diesem Kanton nicht patentierte Leute

den Hebammenberuf ausüben, allerdings oft aus Mangel an gebildeten Hebammen. Meistens wird die Ausübung des Hebammenberufes vom Besitze eines Fähigkeitsausweises oder des Patents abhängig gemacht. In allen Kantonen berechtigt zur Ausübung des Hebammenberufes der Erwerb des kantonalen Patentes. Die Frage, inwiefern ausserkantonale oder ausländische Patente bei der Erteilung des kantonalen Patentes oder Bewilligung zur Ausübung des Hebammenberufes berücksichtigt werden sollen, ist nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt. Die kantonalen Bestimmungen lauten verschieden. Die Kantone *Solothurn und Neuchâtel* gestatten den Inhaberinnen anderer kantonaler oder ausländischer Patente die Berufsausübung innerhalb der Grenzen ihres Kantons ohne weitere Prüfung. Die Kantone Schwyz, Wallis und Zug erteilen die Erlaubnis auf Grund eines von einer schweizerischen Lehranstalt ausgestellten Fähigkeitszeugnisses, durch welches die praktische und theoretische Befähigung zur Ausübung des Hebammenberufes bekundet wird; ähnlich verfährt Unterwalden nid dem Wald. Die Kantone St. Gallen, Schaffhausen, Appenzell A.-Rh. und Zürich anerkennen auswärtige Patente unter der Voraussetzung, dass

- a) dieselben in Bezug auf die Fachbildung gleichwertig erscheinen,
- b) die betreffenden Staaten oder Kantone Gegenrecht halten,
- c) die Besitzerinnen persönlich empfehlenswert sind.

Die Kantone Thurgau und Waadt verlangen eine der in ihren Kantonen vorgeschriebenen Ausbildung gleichwertige Berufsausbildung, Waadt ausserdem auch das Erfordernis des Gegenrechts.

Luzern erlässt oder vereinfacht die Prüfung denjenigen Petenten anderer Kantone, welche daselbst durch Prüfung und Praxis Belege ihrer Kenntnisse abgelegt haben; es trifft ausserdem noch die Bestimmung, dass in den Grenzgemeinden anderer Kantone wohnende Hebammen auch in luzernischen Nachbargemeinden zu praktizieren berechtigt sind, falls sie sich den luzernischen Gesetzen unterziehen und der andere Kanton Gegenrecht hält.

Der Kanton Baselstadt verlangt von allen Auswärtigen die kantonale Prüfung, der Kanton Bern ebenfalls und ausserdem noch den Nachweis, dass die Kandidatinnen einen Hebammenunterricht vom gleichen Werte und in der gleichen Dauer, wie er für die bernischen Hebammen vorgeschrieben ist, durchgemacht haben. War der genossene Unterricht kürzer als der vorgeschriebene Jahreskurs, oder entspricht er den Anforderungen nicht, die in Bern gestellt werden, so hat die Bewerbende einen Ergänzungskurs an der kantonalen Hebammenschule in dem Sinne durchzumachen,

dass ihr vom ganzen Jahreskurs diejenige Zeit in Abzug gebracht wird, die sie im andern Staate für die Erlernung ihres Berufes aufgewendet hat.

Aus andern Kantonen liegen uns diesbezügliche Bestimmungen nicht vor, doch genügt das Angeführte, um die Ungleichheit in dieser Frage zu beweisen.

Persönliche Eigenschaften.

Mehr Übereinstimmung herrscht bezüglich der Anforderungen, die man neben dem Nachweis einer genügenden Berufsausbildung an die persönlichen körperlichen und geistigen Eigenschaften der Hebammen stellt. Was die geistigen Eigenschaften anbelangt, erhebt man fast in allen Kantonen Anspruch auf einen genügenden Primarunterricht, Fertigkeit also im Lesen, Rechnen und Schreiben, überhaupt auf ein mittleres Mass von Intelligenz, gute Beobachtungsgabe und auf Sittenreinheit. Es wird deshalb meistens die Erklärung der Schulbehörden über absolvierten Primarunterricht, sowie ein gemeinderätliches Leumundszeugnis von den Bewerberinnen gefordert. Bezüglich der körperlichen Beschaffenheit achtet man auf eine allgemein gesunde Körperkonstitution, namentlich gute Sinne, gut und normal gebaute Hände. Im Kanton Bern schliessen entstellende Muttermale, Missbildungen und Kurzsichtigkeit vom Hebammenberufe sehr folgerichtig aus. Man wählt die Hebammen mit Vorliebe aus dem kräftigen, mittleren Alter der Frauen, nicht zu jung, sowohl aus sittlichen wie physischen Motiven, nicht zu alt, weil mit dem zunehmenden Alter die körperlichen und geistigen Kräfte abnehmen. Einheitliche Bestimmungen existieren aber auch da nicht; durchschnittlich darf eine Hebamme bei der Bewerbung nicht unter 18 und nicht über höchstens 35 Jahre alt sein. Im Kanton Thurgau existiert überdies noch die Bestimmung, dass, wenn eine Hebamme das sechzigste Altersjahr erreicht hat, eine neue an ihre Stelle gewählt werden muss. Wenn mitunter praktisch, so ist doch das Verfahren sehr oft inkonsequent und ungerecht; denn es kann manche Hebamme mit 60 Jahren noch recht Tüchtiges leisten; besser ist es auf jeden Fall, die Ausserfunktionstellung einer Hebamme nicht von einer bestimmten Altersgrenze abhängig zu machen, sondern von der individuell verschieden frühzeitigen geistigen und körperlichen Gebrechlichkeit, wie wir das im Kanton Solothurn gesetzlich niedergelegt finden. Die meisten Kantone kennen übrigens eine solche Bestimmung überhaupt nicht, womit keineswegs gesagt sein soll, dass nicht eine gesetzliche Regelung und Bestimmung in humaner Form praktisch zweckmässig sein könnte. Nicht ganz grundlos ist eine Bestimmung, die der Kanton Luzern mit Bezug auf die physische Eignung zum Hebammen-

beruf trifft; es heisst daselbst: „Personen, die sich mit leichter Handarbeit beschäftigen, verdienen den Vorzug vor solchen, welche sich neben ihrem Berufe mit schweren Handarbeiten befassen müssen“. Ob allerdings dieser Anforderung immer Gerechtigkeit geschehen kann, wollen wir dahingestellt sein lassen. Im allgemeinen muss also von der Bewerberin fast in jedem Kanton ein ärztliches Zeugnis über ihren körperlichen und geistigen Gesundheitszustand beigebracht werden. Diese Zeugnisse werden zumeist von den Bezirksärzten ausgestellt.

Hebammenkurse.

Die *Ausbildung*, auf Grund welcher das Patent zur Ausübung des Hebammenberufes erteilt wird, ist ebenfalls nicht nach einheitlichen Grundsätzen geleitet.

1. Wo sich in einem Kantone grössere Entbindungsanstalten oder geradezu geburtshülfliche Universitätskliniken befinden, werden die Hebammen in eigenen kantonalen Hebammenschulen unterrichtet. Leiter der Schule oder Lehrer ist jeweilen der ärztliche Vorsteher der Anstalt, welcher durch geeignetes Hülfspersonal unterstützt wird. Für eine gründliche Vorbildung ist natürlich diese Einrichtung am vorteilhaftesten, da die Verhältnisse eine regelrechte theoretische und praktische Ausbildung wesentlich erleichtern. Wir finden diese Art der Vorbildung in den Kantonen Waadt (Lausanne), Genf, Zürich, Baselstadt, Bern, welche die Hebammenschule mit der geburtshülflichen Klinik vereinigt haben, wir finden sie auch in den Kantonen Aargau und St. Gallen, welche mit ihren grossen Krankenanstalten auch specielle Entbindungsanstalten und Hebammenschulen verbinden.

2. Wo keine Universitätskliniken oder grösseren Krankenanstalten vorhanden sind, an denen speciell Geburtshülfe von Specialärzten gelehrt wird, befolgt man verschiedene Verfahren. Einzelne Kantone verlangen die Ausbildung an einer Universitätsklinik, resp. auch an einer wohleingerichteten, staatlich anerkannten Hebammenschule, so die Kantone Schwyz, Tessin, Zug, Unterwalden (nid und ob dem Wald), Thurgau, Schaffhausen und Appenzell A.-Rh., welche letzterer mit dem Kanton St. Gallen ein Abkommen getroffen hat, laut welchem appenzellische Hebammen in der Entbindungsanstalt St. Gallen unterrichtet werden.

Die Kantone Solothurn, Freiburg und Luzern veranstalten je nach Umständen eigene kantonale Kurse unter der Leitung eines patentierten Arztes, oder sie senden bei ungenügender Beteiligung die Schülerinnen zum Unterricht an eine öffentliche Lehranstalt. Im Kanton *Solothurn* werden solche kantonale Kurse erteilt, wenn wenigstens 6 von den Gemeinden gewählte

Hebammen zur Beteiligung angemeldet sind; im Kanton *Luzern* beschliesst der Sanitätsrat Abhaltung eines solchen Kurses, wenn wenigstens 16—20 Schülerinnen vorhanden sind. Wird wegen Mangel an genügender Beteiligung kein Jahreskurs abgehalten, dann können begabte Persönlichkeiten an ausserkantonalen Hebammenschulen sich unterrichten lassen; als solche Schulen bezeichnet die Regierung von *Luzern*: *Bern*, *Basel* und *Zürich*.

In den Kantonen *Baselland* und *Graubünden* spricht man nur von *kantonalen Kursen* unter der Leitung patentierter Ärzte, *Baselland* veranstaltet alljährlich solche Kurse, *Graubünden* alle zwei Jahre; in ersterem Kanton bezeichnet der Sanitätsrat einen Arzt als Hebammenlehrer, im Kanton *Graubünden* wird die Stelle des Hebammenlehrers zur freien Konkurrenz ausgeschrieben. Im Kanton *Wallis* werden nach Bedürfnis und auf Antrag des Sanitätsrates Hebammenkurse in beiden Landessprachen abgehalten.

Die Dauer der Kurse ist verschieden. Wir berücksichtigen nur diejenigen Kantone mit eigentlichen Hebammenschulen und finden die Dauer eines Kurses in *Baselstadt* auf 5—6 Monate bemessen, in *Zürich* ebenfalls 6 Monate, *Bern* 1 Jahr, *St. Gallen* 20 Wochen, *Aargau* 3 Monate. Vielfach wird die Teilnahme an den Kursen von einer Vorprüfung abhängig gemacht und nach einigen Wochen eine Revisionsprüfung veranstaltet. Diejenigen, welche dann sich als unfähig erweisen, werden für die Folgezeit gänzlich vom Kurse ausgeschlossen. Als Ausschliessungsgrund gilt allgemein neben Unfähigkeit noch Unfleiss und schlechtes Betragen. Um das Gelernte in dauernder Erinnerung zu behalten oder sich neue Kenntnisse zu erwerben und um im ferneren auch die Hebammengerätschaften auf ihren tadellosen Zustand zu prüfen, werden in den meisten Kantonen sogenannte Wiederholungskurse von der Regierung oder dem Sanitätsrat angeordnet. Diese Wiederholungskurse sind obligatorisch und dürfen nur in dringlichen Fällen versäumt werden, in *Baselstadt* müssen sie sogar nachgeholt sein. Ihre zeitliche Folge und Dauer ist verschieden bemessen, in *Baselstadt* finden sie alle Jahre statt, und zwar an 3 aufeinanderfolgenden Tagen, ebenso in *Zug*; es werden daselbst jeweilen $\frac{1}{3}$ der im Kanton praktizierenden Hebammen einberufen. In *Solothurn* hängt die Einberufung vom Ermessen des Regierungsrates ab, die Dauer ist jeweilen eine Woche; in *St. Gallen* ordnet sie der Sanitätsrat an, ebenfalls in der Dauer von mindestens einer Woche; im Kanton *Thurgau* und *Luzern* werden sie alljährlich von den Bezirksärzten abgehalten und in letzterem Kantone für gute Leistungen Prämien erteilt; in *Zürich* finden solche Kurse alle 14 Tage statt, und es werden die Hebammen gruppenweise in einem be-

stimmten Turnus dazu einberufen; in *Bern* wiederholen sich die Kurse obligatorisch alle 5 Jahre und dauern jeweilen 6 Tage. Auch auf diesem Gebiet herrscht somit nichts weniger als Einheit.

Unterricht.

Der Unterricht wird von den Kursleitern meistens an der Hand eines Lehrbuches erteilt, welches den Hebammen bei der künftigen Berufsausübung als Wegleitung dienen soll. Die Wahl desselben wird dem Hebammenlehrer überlassen. Der Unterricht erstreckt sich auch selbstverständlich überall auf die nämlichen Gebiete. Der Einführung in die Lehre vom allgemeinen Bau und den Verrichtungen des menschlichen Körpers folgt die specielle Berücksichtigung des weiblichen Organismus und der durch die geschlechtlichen Funktionen erzeugten Zustände, sowohl insofern sie normal physiologischer oder von der Norm abweichender krankhafter Natur sind. In normalen Verhältnissen, die durch genaue Untersuchung festgestellt werden müssen, ist die hauptsächlichste Aufgabe der Hebamme bei der Geburtsleitung eine strenge Beobachtung, damit Mutter und Kind vor Schaden bewahrt werden. Ein Hauptgewicht legt man auf strenge Befolgung der Desinfektionsmassregeln. In regelwidrigen Fällen ist es der Hebamme gemeinhin untersagt, einzuschreiten, es soll der Arzt zugezogen werden, nichtsdestoweniger werden die Hebammen auch darin unterrichtet, damit sie im Stande sind, das Falsche vom Richtigen zu unterscheiden und rechtzeitig zu erkennen, um dann den Arzt herbeirufen zu lassen. In Ausnahmefällen wird aber die Hebamme auch Operationen geburts-hilflicher Natur auszuführen gezwungen sein, wenn nämlich Gefahren für das Leben von Mutter und Kind drohen und die Ankunft des Arztes nicht abgewartet werden kann. Die Hebamme hat sich jeweilen ernstlich zu überlegen, welche Verantwortlichkeit sie in solchen Fällen auf sich nimmt, soll aber handeln, wo es die Not erfordert. In diesem Sinne wird ihr auch der Unterricht über regelwidrige Verhältnisse erteilt. Da solche Notfälle wirklich eintreten können, halten wir die Bestimmung der *Hebammenordnung* des Kantons *Schaffhausen* nicht für richtig, welche den Hebammen geburtshilfliche Operationen gänzlich untersagt. Die Hebamme soll sich ja immer auf das Normale beschränken, solange dies möglich ist; wenn wir ihr aber jeden Eingriff untersagen, können bis zur Ankunft des Arztes kostbare Stunden und Minuten verloren gehen und die verhängnisvollsten Folgen für Mutter und Kind eintreten. Eine weitherzigere Auffassung ist also im Interesse der Frauen und der Kinder am Platze. Nach Absolvierung des Unter-

richts tritt die Hebamme ins praktische Leben und erwirbt sich jene Übung, welche zu einer erfolgreichen Thätigkeit nötig ist.

Pflichten der Hebammen.

Die Pflichten, die die Berufsausübung mit sich bringt, sind nicht gering, es würde zu weit führen, sie hier zu besprechen, sie sind in zum Teil ausgezeichneten Hebammenverordnungen nach ziemlich einheitlichen Grundsätzen niedergelegt. Treue Pflichterfüllung gegenüber jedermann und zu jeder Zeit, strenge Verschwiegenheit sind eigentlich selbstverständliche Anforderungen. Grösste Reinlichkeit an der eigenen Person und in der Besorgung der Pflegebefohlenen nach den Grundsätzen der Wissenschaft muss von jeder Hebamme vorausgesetzt werden. Besondere Vorsicht bei fieberhaften Erscheinungen im Wochenbett wird die Hebamme stets anwenden. Sie wird, wenn es sich um Kindbettfieber handelt, die Geburtsthätigkeit für einige Zeit unterbrechen. Sie wird alle Nebenbeschäftigungen vermeiden, welche schädlich sein können, und deshalb nicht etwa Kranke besuchen oder pflegen, die mit Scharlach, Diphtheritis, Blattern, Rotlauf behaftet sind. Leidet eine Hebamme selbst an eiternden Fingern, Furunkeln, syphilitischen Geschwüren, dann darf sie pflichtgemäss keine Entbindung übernehmen. Bei diesem Anlass bemerken wir noch, dass die Hebammen die Pflicht und auch das Recht haben, Zumutungen abzulehnen, die gegen die Fundamentalgrundsätze der Berufsausübung sich verstossen und die, wie aus einem regierungsrätlichen Kreisschreiben Zürichs hervorgeht, den Hebammen gemacht werden, aber unzulässig sind. Jeder Arzt kann aus eigener Beobachtung auf die Unsitte hinweisen, die in einigen Kantonen herrscht und zum Teil auf Einsichtslosigkeit, zum Teil auch auf die ökonomischen Verhältnisse zurückzuführen ist, dass man die Hebammen veranlasst, die Schmutzwäsche der Wöchnerinnen und Neugeborenen zu reinigen. Vielfach wird diese Thätigkeit als eine zur Berufsausübung der Hebamme gehörende Leistung betrachtet; einen Beleg hierfür bildet auch die Hebammenverordnung, resp. der Hebammentarif des Kantons *Schaffhausen*, welcher für *Waschen* und *Verrichtung* der Hausgeschäfte eine besondere Vergütung festsetzt. In diesem Falle wäre nun ein *Verbot* eher am Platze als eine besondere Gebühr, mit welcher man der volkstümlichen Anschauung von Gesetzes wegen recht giebt. Gegen diese Anschauung muss man mit aller Energie ankämpfen. Im Interesse der Wöchnerin wenden wir alle Vorsichtsmassregeln an, um die Hebammen vor einer Belastung mit Fäulniskeimen zu bewahren und

damit die Übertragung des Giftes auf Schwangere und Wöchnerinnen zu verhüten. Gerade in der Schmutzwäsche der Wöchnerinnen und Neugeborenen finden sich aber solche Keime massenhaft. Aus diesem Grunde muss im Sinne einer gewissenhaften Frauenpflege die Reinigung *der Schmutzwäsche durchaus untersagt werden*, und es ist Pflicht des Staates, diesem Standpunkte auch beim Publikum Eingang zu verschaffen, verlangt dasselbe doch von Hebammen auch noch, dass sie Leichen einkleiden oder als Leichenbitterinnen funktionieren. Auch diese Thätigkeit soll von den Hebammen gänzlich vermieden werden, wenn sie den Grundsätzen einer pflichtgetreuen Geburtshilfe gerecht werden wollen; es ist sogar, wie das Zürcher Kreisschreiben richtig betont, unstatthaft, dass die Männer von praktizierenden Hebammen als Leicheneinkleider oder Leichenreiniger thätig sind, da sogar in diesen Fällen die Gefahr der Übertragung eines ansteckenden Giftstoffes auf Frischentbundene oder Schwangere heraufbeschworen wird.

Das zuletzt aufgeführte Beispiel zeigt uns, dass die Hebammenverordnungen allein noch nicht im stande gewesen sind, den Regeln einer vernünftigen Geburtshilfe überall Eingang zu verschaffen, und dass deshalb das Publikum auch der Belehrung bedarf, die Hebammen aber sich bestreben sollen, streng und gewissenhaft den Verordnungen nachzuleben, wenn sie auf eine segensreiche Praxis mit innerer Befriedigung zurückblicken wollen.

Den Pflichten der Hebammen stehen selbstverständlich auch Rechte gegenüber, und zwar *das Recht auf Arbeit* und *das Recht auf Belohnung oder Entschädigung* für die geleistete Arbeit. Wir besprechen somit das *Anstellungsverhältnis* und das *Entschädigungsverhältnis* der Hebammen.

A. Das Anstellungsverhältnis.

Jede Hebamme hegt den berechtigten Wunsch, die erworbenen Kenntnisse im praktischen Leben verwerten zu können. Nun dürfen wir nicht ausser acht lassen, dass die Ausübung des Hebammenberufes nicht ein freies Gewerbe ist und dass also das Recht auf Arbeit von gewissen besondern Verhältnissen abhängt. *Die Hebammen sind im eigentlichen Sinne Staatsbeamte*. Sie werden von den Gemeinden gewählt, und es bestimmt der Staat, wie viele Hebammen eine Gemeinde zu wählen hat. Nur wer aber als Gemeindehebamme gewählt oder vorgeschlagen ist, geniesst die ökonomischen Vorteile des Berufes ganz und ist in vollem Besitze des Rechtes auf Arbeit. Eine unbeschränkte Zahl von Hebammen giebt es also nicht, auch keine freie Konkurrenz wie in den übrigen me-

dizinischen Berufsarten. Es werden deshalb nicht viele Persönlichkeiten den Hebammenberuf erlernen, die nicht von den Gemeinden gewählt oder vorgeschlagen sind, und diejenigen, welche das thun, müssen auf ein Anstellungsverhältnis warten und geniessen keinen der Vorteile, welche die staatliche Anstellung darbietet. Gewöhnlich geschieht nun die Anstellung der Gemeindehebammen im Sinne des Bedürfnisses durch die Wahl je einer Hebamme auf eine bestimmte Seelenzahl. Die Regelung dieses Verhältnisses ist indessen ebenfalls nicht eine einheitliche. Einige Kantone haben keine bestimmte Grundzahl gesetzlich angeordnet, sie sprechen sich bloss allgemein aus und überlassen die speciellere Regelung der Anstellung den Gemeinden. Im Kanton *Unterwalden ob dem Wald* sind die Gemeinden pflichtig, dafür zu sorgen, dass sie mit einer ihren Bedürfnissen entsprechenden Zahl von Hebammen versehen sind; im Kanton *Unterwalden nid dem Wald* hat der Sanitätsrat dahin zu wirken, dass jede Gemeinde wenigstens mit einer Hebamme versehen sei. Der Kanton *St. Gallen* verlangt, dass jede politische Gemeinde wenigstens eine Hebamme anstelle, in bevölkerten Gegenden soll auf je 1000 Seelen eine Hebamme gewählt werden. Im Kanton *Aargau* muss jede Gemeinde eine Hebamme anstellen oder sich zur Anstellung andern Gemeinden anschliessen. Es soll auf 500 Seelen eine Hebamme, auf 1000—2000 Seelen zwei, und für je 1000 Seelen mehr eine weitere Hebamme gewählt werden. Ähnliche Bestimmungen treffen die Kantone *Schwyz* und *Freiburg*. Im Kanton *Wallis* muss jede Gemeinde eine Hebamme besitzen. Wenn eine Gemeinde mehr als 1000 Seelen zählt, bestimmt der Sanitätsrat unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse die Zahl der Hebammen. Gemeinden mit nicht über 200 Seelen können sich Nachbargemeinden anschliessen. Im Kanton *Baselstadt* ist für den Stadtbezirk die Zahl unbestimmt, für den Landbezirk werden vier Hebammen angestellt und patentiert. Von diesen haben zwei in Riehen, eine in Hünigen und eine in Bettingen zu wohnen. Im Kanton *Zürich* müssen alle politischen Gemeinden eine Hebamme haben, und zwar je eine Hebamme auf 1000—1200 Seelen. Kleinere Gemeinden dürfen sich zur Anstellung einer Hebamme unter Genehmigung durch die Sanitätsdirektion vereinigen, insofern die Gesamtseelenzahl 1200 Einwohner nicht übersteigt.

Der Kanton *Thurgau* verpflichtet jede *Municipalgemeinde*, eine Hebamme anzustellen, wenn die Einwohnerzahl auf 500 angestiegen ist. In grösseren Gemeinden soll auf je 700 bis 1000 Einwohner eine Hebamme kommen. Auch hier ist die Vereinigung kleinerer Gemeinden zur Anstellung einer Hebamme

gestattet, resp. der Anschluss an eine grössere Gemeinde.

Im Kanton *Baselland* muss jede Gemeinde mit einer Hebamme versehen sein. In Gemeinden von mehr als 1000 Seelen kann auf *Begehren* eine zweite Hebamme angestellt werden.

Im Kanton *Solothurn* muss jede Gemeinde mit 600 Einwohnern eine Hebamme anstellen, geographisch isolierte Gemeinden mit weniger als 600 Einwohnern kann der Regierungsrat zur Anstellung anhalten, er wird für diesen Fall an das Wartgeld einen angemessenen Beitrag leisten. Im übrigen haben Gemeinden mit weniger als 600 Einwohnern und ohne eigene Hebamme mit grössern Gemeinden diesbezügliche Übereinkommen zu treffen. Grössere Gemeinden mit über 1500 Einwohnern der vereinigten Gemeinden, in denen die Einwohnerzahl mehr als 1500 beträgt, müssen eine weitere Hebamme anstellen und so für je weitere 1500 Einwohner je eine Hebamme mehr.

Über diejenigen Instanzen, denen die Wahl der Hebammen übertragen ist, liegen uns nur wenige Angaben vor. Im Kanton *Solothurn* werden die Hebammen von der Einwohnergemeinde gewählt, welche übrigens diese Befugnis auch dem Gemeinderat übertragen kann. Es ist wohl anzunehmen, dass die letztere Wahlart in den meisten Kantonen üblich ist. In den Kantonen *Thurgau*, *Zürich*, *Schaffhausen*, *Baselland* geschieht die Wahl durch die *Frauengemeinden*, d. h. die Vereinigung sämtlicher verheirateter Frauen oder solcher, die verheiratet waren, zu einer Wahlversammlung. Wir finden das Wahlrecht der Frauen gerade in dieser Frage sehr angebracht und nachahmenswert. Allerdings kann im Kanton *Zürich* die Frauengemeinde das Wahlrecht der Gesundheitsbehörde übertragen. Der Wahl durch die Frauengemeinde geht immer und in allen Kantonen eine Empfehlung geeigneter Persönlichkeiten von seiten der kompetenten Aufsichtsbehörde voraus; auch diese Einrichtung ist zweckmässig und sichert möglichst die Wahl einer richtig ausgebildeten Hebamme, während Frauen sehr geneigt sein würden, auf Äusserlichkeiten mehr Gewicht zu legen; immerhin sollte das Wahlrecht den Frauen überall zustehen, da ja sie in erster Linie auf die Hilfe der gewählten Person angewiesen sind.

B. Entschädigungsverhältnisse.

1. Kosten des Unterrichts.

Wenn der Staat die Anstellung der Hebammen übernimmt, die freie Konkurrenz einschränkt und den Hebammen bindende Vorschriften über ihre Ausbildung macht, hat er die Pflicht, seine Angestellten auch

finanziell sicherzustellen. Dies geschieht nun auch in weitgehendstem Masse, insofern die Ausbildung allein in Betracht gezogen wird. Die Kosten des Unterrichts und auch die Kosten für die Berufsausstattung der Hebammen, wie wir sie früher besprochen haben, trugen meistens die Gemeinden ganz oder unter Mitwirkung der Kantone. Diese Einrichtung giebt vielen Gelegenheit, sich zu tüchtigen Hebammen auszubilden, und erleichtert namentlich fähigen armen Mädchen die Wahl dieses Berufes. Die Wichtigkeit des Gegenstandes verlangt, dass wir im einzelnen das Verhalten der Kantone kennzeichnen.

a) Kosten für die Ausbildung.

Die Kosten für die Ausbildung bestehen in den Auslagen für den Unterricht, für Beköstigung, Wohnung, Prüfung und Patentierung. Die Regelung der Kostenaufgabe ist nicht überall dieselbe. Aus den Kantonen *Glarus*, *Uri* und *Neuchâtel* liegen uns diesbezügliche Angaben offizieller Natur nicht vor. Was den Kanton *Neuenburg* anbelangt, wissen wir nur, dass im Jahre 1889 von der Sanitätskommission eine Abänderung der bestehenden Verhältnisse gewünscht wurde. Aus den übrigen Kantonen können wir vier Kategorien bilden:

1. Kantone, in welchen die *Hebammenschülerinnen* für die Kosten aufzukommen haben;
2. Kantone, in welchen der *Staat* und die *Gemeinden* sich in die Kosten teilen;
3. Kantone, in welchen der *Staat* allein für die Kosten aufkommt;
4. Kantone, in welchen die *Gemeinden* verpflichtet sind, diese Kosten zu übernehmen.

Zu der ersten Kategorie gehören die Kantone *Baselstadt*, *Waadt* und *Bern*. Im Kanton *Waadt* müssen diese Kosten trimesterweise zum voraus bezahlt werden, und zwar bestimmt der Sanitätsrat die Höhe der Summe. Im Kanton *Bern* bezahlen Kantonsangehörige Fr. 250, Kantonsfremde Fr. 350, im fernern für Lehrbücher, Schröpf- und andere Apparate Fr. 70—80. Der Unterricht ist frei, wirklich keine grosse Vergünstigung, wenn man andere Verhältnisse in Betracht zieht.

Zu der zweiten Kategorie gehören die Kantone *Aargau*, *Unterwalden ob dem Wald*, *Freiburg*, *Solothurn*, *Appenzell I.-Rh.*, *Schaffhausen*, *Zürich* und *Wallis*.

Im Kanton *Appenzell I.-Rh.* leistet der Staat einen Beitrag an die Kosten von nicht bestimmter Höhe, im Kanton *Freiburg* übernimmt der Staat zum Teil die Kosten, den andern Teil die Gemeinden. Wenn letztere indessen ökonomisch schlecht situiert und deshalb nicht leicht im Falle sind, eine Hebamme auf

eigene Kosten, resp. mit ihrem Anteil an denselben auszubilden, können sie den Staat um Subsidien angehen. Im Kanton *Aargau* hat jede Gemeinde für Aufenthalt und Kost während des Kurses Fr. 50 an die Sanitätskasse zu vergüten, die übrigen Kosten trägt der Staat. Im Kanton *Schaffhausen* trägt die eine Hälfte der Staat, die andere die Gemeinde. Im Kanton *Zürich* leistet der Staat einen wöchentlichen Beitrag von Fr. 3 für jede Hebammenschülerin, soweit dieselben Kantonsbürgerinnen sind; Kantonsfremde müssen ein Honorar von Fr. 70 bezahlen, alle andern Kosten mit Patentgebühr von Fr. 4 bezahlen die Gemeinden. Im Kanton *Wallis* übernimmt der Staat die Kosten für den Unterricht und die Prüfung, die Gemeinden bezahlen das Kostgeld. Im Kanton *Solothurn* bezahlen die Gemeinden die Hälfte der Auslagen für Beköstigung, Beheizung, Beleuchtung und Logis. Die übrigen Kurskosten übernimmt der Staat. Der Kanton *Unterwalden ob dem Wald* gewährt Stipendien je nach der finanziellen Lage der Kandidatinnen, höchstens aber Fr. 600; diese Kosten übernimmt er zu $\frac{2}{3}$, die Wahlgemeinde zu $\frac{1}{3}$.

Zur dritten Kategorie gehören die Kantone *Appenzell A.-Rh.*, *Graubünden* und *Tessin*.

Appenzell bezahlt an die Entbindungsanstalt *St. Gallen* für jede Schülerin, insofern sie Schweizerbürgerinnen sind (ein sehr liberaler Standpunkt, den andere Kantone nachahmen dürften), ein Kostgeld von Fr. 1.50, ein Honorar von Fr. 60 für den Unterricht und Fr. 5 für die Prüfung, auch übernimmt der Staat die Kosten für Verpflegung, Behandlung und Transport erkrankter Schülerinnen. Leichtere Krankheiten, insofern sie nicht ansteckend sind, werden im Spital *St. Gallen* unentgeltlich behandelt. *Graubünden* erteilt den Unterricht unentgeltlich und leistet jeder Schülerin einen Staatsbeitrag von Fr. 100 aus der Standeskasse. *Tessin* bestimmt jährlich Fr. 2400 zu Ausbildungszwecken. Daraus sollen je 3 Hebammen wissenschaftlich unterrichtet werden, in dem Sinne, dass jede Hebammenschülerin Fr. 800 Staatsbeitrag erhält.

Zur vierten Kategorie gehören die Kantone *Unterwalden nid dem Wald*, *Luzern*, *Baselland*, *Schwyz*, *Zug*, *Thurgau* und *St. Gallen*.

In einzelnen Kantonen werden auch die Entschädigungsansprüche für die *Repetitionshabammenkurse* besonders normiert. So erhalten in *Bern* die Schülerinnen freie Kost und Logis in der Anstalt und die Reise vergütet, im Kanton *Zürich* tragen Staat und Gemeinden die Kosten je zur Hälfte. Im Kanton *Zug* bezahlt der Staat den Hebammen ein Taggeld von Fr. 3. Im Kanton *Thurgau* bezahlen die Gemeinden ein Taggeld von Fr. 2 und 15 Cts. pro Kilometer der Hin- und Herreise zum Kursorte.

b) Kosten für die Ausrüstung.

Unter den Kosten für die Ausrüstung verstehen wir die Auslagen für Lehrmaterial, Lehrbücher, Hebammengerätschaften, Verbandstoffe und Medikamente (Desinfektionsmittel), soweit sie für die Hebammen vorgeschrieben sind. Bezüglich der Kantone Waadt, Tessin, Neuenburg, Glarus, Uri, Unterwalden ob dem Wald¹⁾ und Aargau haben wir keine offiziellen Bestimmungen vor uns; aus einer diesbezüglichen Enquete scheint hervorzugehen, dass meistens die Hebammen für die Kosten aufzukommen haben, von *Bern* und *Freiburg* wissen wir das offiziell, *Baselstadt* liefert bei unbemittelten Gebärenden und Wöchnerinnen Karbolglycerinlösung, Watte und Scheidenrohre unentgeltlich.

Die Kantone *Appenzell A.-Rh.* und *Graubünden* übernehmen auch sämtliche Ausrüstungskosten, in allen übrigen Kantonen haben die Gemeinden dafür aufzukommen²⁾. Um sich nun unnütze Kosten zu ersparen und um dafür zu sorgen, dass die Früchte der Ausbildung auch wirklich diejenigen geniessen, welche die Last der Kosten getragen haben, haben einige Kantone in ihre Gesetzessammlung die Bestimmung aufgenommen, dass die Hebammen zur teilweisen oder gänzlichen Rückerstattung der Unterrichtskosten gehalten werden können, wenn sie innerhalb eines gewissen Zeitraumes, meistens innerhalb 10 Jahren (*Solothurn* 6, *Graubünden* 8 und *St. Gallen* 7), die Gemeinde oder den Kanton verlassen, oder wenn ihnen das Patent wegen Selbstverschuldung (Untauglichkeit oder Pflichtverletzung) entzogen wurde. Einige Kantone (*Unterwalden nid dem Wald*, *Solothurn*, *Schaffhausen*, *Luzern*, *Graubünden*) verlangen auch die Rückerstattung der Ausrüstungsgegenstände, selbstverständlich insofern es sich um Gerätschaften, resp. Instrumente handelt. Wir halten dieses Vorgehen für sehr gerechtfertigt. Auf der andern Seite ist auch das Vorgehen zu billigen, das wir im Kanton *Thurgau* finden, der den wegen Alter entlassenen Hebammen die Hälfte ihrer Besoldung lebenslänglich überlässt, und das Vorgehen des Kantons *Baselland*, der langjährige, gewissenhafte, pflichtgetreue Dienste ebenfalls mit der Belassung des halben Jahresgehaltens über die Dienstzeit hinaus bis zum Tode belohnt. Wiewohl nun, wie wir gesehen haben, in der überwiegenden

¹⁾ Es vergütet die Desinfektionsmittel.

²⁾ Mit Kreisschreiben vom 15. März 1897 musste der Regierungsrat des Kantons *Zürich* die Gemeinden darauf hinweisen, dass laut § 21 der Verordnung betreffend die Hebammen die Gemeinden unter allen Umständen bei Wohlhabenden wie bei Armen an Hebammen die Arzneimittel unentgeltlich zu verabfolgen haben. Viele Gemeinden bestritten nämlich, entgegen dem Wortlaut des Gesetzes, diese Kosten nur für die Behandlung Armengenoessiger.

Mehrheit der Kantone gesetzliche Bestimmungen die Kosten der gesamten Ausrüstung dem Staat oder den Gemeinden überbinden, hat doch eine Enquete ergeben, dass offenbar vielerorts das Gesetz nur auf dem Papier steht und die Hebammen trotzdem für Ausrüstungsgegenstände und durchaus nötige Medikamente, so auch Desinfektionsmittel, selbst aufzukommen haben.¹⁾ Es ist das ein Unrecht, dessen Grund einerseits darin zu suchen ist, dass die Gesetzgebung nicht klar und deutlich umschreibt, was sie unter den Begriff Ausrüstungsgegenstand umfasst, dass sie sich ebensowenig präcis darüber ausdrückt, wie es mit den Kosten für Erneuerung solcher Gegenstände zu halten sei, und zweitens darin, dass die bestehenden Gesetze vom Staat und namentlich von den Gemeinden äusserst lax gehandhabt werden. Es ist deshalb eine nichts weniger als selbstverständliche Annahme, sondern eine recht vernünftige Vorschrift, wenn die Kantone *Solothurn* zum Teil und *Thurgau* die gesetzliche Bestimmung getroffen haben, dass auch Kosten für Erneuerung und Ergänzung der Ausrüstungsgegenstände der Hebammen, sowie die Kosten für Verbandstoffe und Desinfektionsmittel den *Wahlgemeinden* und nicht den *Hebammen* zur Last fallen sollen. Eine Enquete hat erwiesen, dass die Gemeinden der Vorschrift nachleben. Sie ist also unter allen Umständen praktisch durchführbar. Es wäre sehr zu wünschen, dass diese *Bestimmung* in sämtlichen Kantonen der Schweiz zur Durchführung gelangte und in die Gesetzgebung aufgenommen würde.

2. Lohnverhältnis.

Die Belohnung für die Dienstleistungen der Hebammen besteht entweder in einem bestimmten jährlichen Gehalt, dem sogenannten *Wartgeld*, oder in der Belohnung der einzelnen Dienstleistung (Stücklohn), dem *Honorar*.

a) Das Wartgeld.

Die Bezahlung eines festen Gehalts findet nicht in allen Kantonen statt. Die Kantone *Bern*, *Waadt*, *Unterwalden nid dem Wald*, *Freiburg*, *Appenzell A.-Rh.* und *I.-Rh.*, *Neuenburg*, *Tessin*, *Zürich*, *Baselstadt* (Stadtbezirk), *Wallis*, *Glarus*, *Uri* und *Zug* bezahlen offiziell keine Wartgelder, doch hat eine Enquete unter den Hebammen ergeben, dass einzelne Gemeinden Wartgelder ausrichten.

Schaffhausen stellt es dem Ermessen der Gemeinden anheim, ob sie einen Jahresgehalt bezahlen wollen.

Graubünden spricht die Erwartung (!?) aus, dass die Gemeinden einen solchen Gehalt ausrichten oder

¹⁾ Vide Anmerkung 2, erste Spalte dieser Seite.

doch die Hebammen von den gewöhnlichen Gemeindeflasten entbinden werden.

Unterwalden verlangt ein Wartgeld von Fr. 5 per 100 Einwohner.

In *Luzern*¹⁾ bestimmt der Sanitätsrat alle 4 Jahre die Höhe des offiziell zu zahlenden Wartgeldes nach folgenden Gesichtspunkten: nach der Zahl der Bevölkerung und der Armen des betreffenden Kreises und nach den dem Kreis zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln.

Alle andern Kantone verpflichten die Gemeinden zur Ausrichtung eines Wartgeldes und setzen einen bestimmten Minimalbetrag fest. Derselbe beträgt im

Kanton Aargau	Fr. 24
„ Schwyz	„ 30
„ Baselland	„ 60
„ Thurgau	„ 60
„ Solothurn	„ 60—89, wenn mehrere Gemeinden zusammentreten.
„ St. Gallen	Fr. 80 (Der Sanitätsrat kann eine Erhöhung je nach Umständen beschliessen.)
„ Baselstadt (Stadtbez.)	Fr. 150

Die Enquete hat ebenfalls gezeigt, dass die Vorschriften von allen Gemeinden ziemlich genau durchgeführt, ja mitunter sehr hohe Wartgelder bezahlt werden, zum mindesten aber immer die Gemeinden die Minimalgrenze überschreiten; um so mehr ist zu bedauern, dass in 13 Kantonen diese Angelegenheit noch nicht ihre gesetzliche Regelung gefunden hat, die Hebammen also in einzelnen Kantonen besser gestellt sind als in andern; dass zu den schlecht gestellten namentlich auch diejenigen der Gebirgskantone gehören, giebt uns zum Nachdenken Anlass.

b) Der Stücklohn.

Die Bezahlung der einzelnen Dienstleistung ist nur in 8 Kantonen²⁾ (Neuenburg, Aargau, Unterwalden nörd dem Wald, Glarus, Uri, Appenzell I.-Rh., Wallis, Tessin) in keiner Weise gesetzlich geregelt. Alle andern Kantone überlassen zwar die Belohnung dem freien stillschweigenden Übereinkommen zwischen den Hebammen und den Privaten, stellen aber für Streit- und Armen-

¹⁾ Seit 28. Mai 1896 sollen laut Verordnung des Regierungsrates die Wartgelder Fr. 50—90 betragen, die Prämien in Wiederholungskursen Fr. 10—50.

²⁾ Für Genf liegen keine Belege vor. — Luzern hat in einer Verordnung vom 28. Mai 1896 folgende Ordnung getroffen: Maximal-Taxe, Beistand für Geburt und im Wochenbette bis und mit dem 6. Tage, Fr. 10—15, je nach der Schwere des Falles, bei Entfernung von 2—5 Kilometern vom Wohnorte mit einer Zuschlagstaxe von Fr. 2 und für jeden weitem Kilometer 50 Cts. Diese Gebühren gelten für die Behandlung von *Unbemittelten* und in *Streitfällen*.

fälle einen bestimmten Minimaltarif fest, nach welchem die Hebamme unter allen Umständen ihre Entschädigungsforderung rechtlich geltend machen darf. Selbstredend ist die Fixation dieser Mindestgrenze nicht in allen Kantonen dieselbe. Es darf deshalb sehr wohl dieser Punkt an dieser Stelle genauer berührt werden, damit man einen Überblick über die verschiedenen Ansätze gewinnt. Die Taxe beträgt im

Kanton *Bern*: Fr. 15—25. Nach der abgeänderten Taxe vom 14. Januar 1896 25—50 Fr. bei einer leichten Geburt und ersten Behandlung der Wöchnerin, bei schwieriger und mehrfacher Geburt Fr. 30—50.

„ *Waadt*: Fr. 5 für die Geburtsleitung, Fr. 1 für jeden Besuch, eventuell Fr. 1 Entschädigung per Kilometer für weitere Entfernungen.

„ *Unterwalden ob dem Wald*: Fr. 5 für jede normale, nicht über 18 Stunden dauernde Geburt, in schwierigen Fällen entsprechend mehr. Für später nötige Besuche je nach der Entfernung 50 Cts. bis Fr. 1. 50.

„ *Freiburg*: für die Geburt mit den 2 ersten Besuchen Fr. 6, für jeden weitem Besuch im Kreise von 3 Kilometern Fr. 1 und mehr als 2 Kilometern Fr. 2.

„ *Solothurn*: für Niederkunft und Besorgung der Wöchnerin und des oder der Kinder in den ersten 10 Tagen Fr. 10. Für jeden spätern Besuch oder notwendige Verrichtung eine angemessene Entschädigung.

„ *Appenzell A.-Rh.*: in Fällen von Dürftigkeit Fr. 6.

„ *Schaffhausen*: für Geburt und erste Besorgung der Wöchnerin bei Vermöglichen Fr. 15, im Bedürfnisfalle für die Geburt Fr. 3, für zwei Besuche täglich Fr. 1, wo damit Waschen und Verrichtung der Hausgeschäfte verbunden ist, Fr. 2. Ausserordentliche Leistungen sind besonders zu honorieren.

„ *Zürich*: für Geburtsleitung und erste Besorgung Fr. 15.

„ *Graubünden*: für Geburtsleitung in den ersten 8 Tagen Fr. 12—15.

„ *Baselland*: für Private Fr. 5—10, für kundlich Arme Fr. 3.

„ *Baselstadt, Stadt*: private Geburt und die nötigen Hilfeleistungen vor und nachher Fr. 20, Arme Fr. 12.

Land: Behandlung der ersten 14 Tage Fr. 15, für Arme Fr. 5.

„ *Schwyz*: für eine Geburt und erste Besorgung der Wöchnerin im Bedürftigkeitsfalle Fr. 7.

Kanton *Zug*: bei Dürftigkeit, Armut und nachgewiesener Zahlungsunfähigkeit Fr. 7. Zug hat durch Verordnung vom 15. Juli 1896 die Minimalentschädigung auf Fr. 10 festgesetzt.

„ *Thurgau*: für die Besorgung der Wöchnerin und des Kindes in den ersten 8 Tagen Fr. 8, für jeden nachträglich verlangten Besuch und Dienstleistung 50 Cts.

„ *St. Gallen*: für die Besorgung des Kindes bis zum Abfalle der Nabelschnur Fr. 12—20, bei einer Entfernung von $\frac{1}{2}$ —1 Stunde Zuschlag Fr. 3, für jede weitere $\frac{1}{2}$ Stunde Fr. 3, bei Bedürftigkeit Fr. 12, sowie Reiseentschädigung und Vergütung für Desinfektionsmittel und Verbandstoffe.

Formell scheint es uns unpraktisch, die Honorierung von dem Zeitpunkte des Abfalls der Nabelschnur abhängig zu machen, so originell vielleicht diese Idee ist, nachher müssen ja die Besuche laut Tarif extra vergütet werden; es liegt also im Interesse der Hebammen, den Abfall der Nabelschnur zu beschleunigen, was ebensowohl nützlich, wie aber auch schädlich sein kann, abgesehen davon wird die Taxation dadurch eine nicht für alle Hebammen gleiche, deshalb ziehen wir die Honorierung nach der Zeit vor, welche zwar nicht so originell, aber praktischer ist.

Wie wir im übrigen sehen, sind die Ansätze äusserst ungleich. Der Kantönligeist kommt auch hier zahlenmässig zum Ausdruck und nebstdem auch die höchst unbillige, ungleiche Entschädigung einer und derselben Dienstleistung, je nach dem Wohnsitz, den man zufällig hat. Die Löhne sind auch äusserst mässig gehalten, und es ist um so mehr Sache des Staates, sich nicht allein mit der Tarifierung zu begnügen, sondern auch dafür zu sorgen, dass die Hebammen für ihre schweren Pflichten unter allen Umständen richtig abgelohnt werden. Es muss deshalb das Verhältnis der Hebammen zu denjenigen Personen geregelt sein, die entweder nicht bezahlen können oder die nicht bezahlen wollen. Folgende Kantone haben darüber keine gesetzlichen Bestimmungen: Neuenburg, Genf, Unterwalden nid dem Wald, Freiburg, Luzern, Appenzell I.-Rh., Tessin, Thurgau, Glarus, Uri, Wallis. Im Kanton Aargau müssen Arme, und zwar auch fremde, *unentgeltlich* besorgt werden.

Alle übrigen Kantone schützen die Forderung der Hebammen in mehr oder weniger zureichender Weise. Im Kanton *Waadt* haben die Gemeinden für die Armengeössigen zu bezahlen, im Kanton *Appenzell A.-Rhoden* die öffentlichen Kassen bei *nachgewiesener Dürftigkeit*. Im Kanton *Schaffhausen* bezahlt das Armengut für Armengeössige und erwiesenermassen Zahlungsunfähige. Die Hebammen haben sich an die Armen-

behörde zu wenden. Im Kanton *Baselland* haften das Armengut für kundlich Arme, im Kanton *Baselstadt* die Sanitätskasse. Im Kanton *Schwyz* haftet bei nachgewiesener Dürftigkeit die Gemeinde (bei Kantonsbürgern die Heimatgemeinde, bei Nichtkantonsbürgern gelten die Bestimmungen des Bundesgesetzes oder der Verträge). Auch im Kanton *Zug* haftet die Gemeinde; im Kanton *St. Gallen* sorgt der Gemeinderat des Wohnorts für Bezahlung. Die Hebamme muss aber sofort bei der Behörde Anzeige machen. Im Kanton *Graubünden* bezahlt die Gemeinde im Armutsfall; die Hebamme ist verpflichtet, innert 3 Tagen dem Vorstande der Ortsgemeinde Anzeige zu machen. Im Kanton *Bern* sind die Armen-, Kranken- und Gemeindekassen für die Belohnung der in Notfällen an Armen oder Bedürftigen geleisteten Hülfe haftbar; die Hebamme muss aber dem Präsidenten der Behörde oder dessen Beauftragten innert der nächsten 8 Tage Anzeige machen. Im Kanton *Zürich* haftet für die Entschädigung bei armengenössigen oder zahlungsunfähigen Kantonsbürgern das Armengut; bei Angehörigen anderer Kantone oder Staaten der Kantonalarmenfonds; die Hebamme muss sich mit ihrer Forderung innerhalb eines Jahres an das Bezirksstatthalteramt wenden. Im Kanton *Unterwalden ob dem Wald* hat bei Unerhältlichkeit der Gebühren trotz Mahnung des Schuldners innert 6 Monaten bei Obwaldnerbürgern die betreffende Heimatgemeinde, bei Nichtobwaldnern die Einwohnergemeinde aufzukommen. Im Kanton *Solothurn* haftet für die Hebammengebühen die Gemeinde, und zwar bei Kantonsangehörigen die Burgergemeinde der Heimat, bei andern die Einwohnergemeinde des Wohnorts. Wenn die Hebamme innerhalb 3 Monaten nach der betreffenden Geburt nicht bezahlt worden ist, hat sie innert Monatsfrist der zahlungspflichtigen Gemeinde Rechnung zu stellen; die Gemeinden sind verpflichtet, die Rechnung zu bezahlen, erhalten dagegen das Rückgriffsrecht auf die Beteiligten, gegen welche sie gegebenen Falles Strafklage erheben können.

Bei einer objektiven Prüfung müssen wir den gesetzlichen Bestimmungen des Kantons Solothurn weit aus den Vorzug geben. Sie lassen ohne Zweifel die Hebammen am ehesten und in möglichst einfacher Weise zu ihrem wohlverdienten Rechte gelangen und beschützen dieselben nicht nur vor den Trölereien lässiger privater Schuldner, sondern auch vor den langweiligen Formalitäten der Behörden, die sehr oft auf nichts anderes hinauslaufen, als die Entschädigungspflicht auf Kosten der Hebammen von den Schultern abzuwälzen. Wir begegnen diesen leidigen Verhältnissen auch im ärztlichen Berufe. Die Ärzte geniessen in dieser Beziehung vielerorts von seiten des Staates durchaus nicht denjenigen Schutz ihrer gerechten An-

sprüche, der diesem Berufe grundsätzlich gewährt werden sollte, um so mehr, da ja der Staat immer höhere Anforderungen an die Berufsausbildung stellt. So sehr deshalb eine bessere Regelung auch auf den übrigen Gebieten medizinischer Thätigkeit nötig wäre, beanspruchen wir diese Regelung doch ganz besonders für die Hebammen. Ihr Beruf ist schwierig und verantwortungsvoll und ihre Entschädigung im Verhältnisse zu den Anforderungen durchaus nicht etwa das Mindestmass überschreitend; um so mehr hat der Staat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass der mässige Lohn in keiner Weise verkürzt werden kann. Wir würden es deshalb begrüßen, wenn in sämtlichen Kantonen die Hebammen berechtigt wären, nach ein bis zwei Monaten an die Privaten Rechnung zu stellen. Wird die Forderung innert drei bis sechs Monaten seit der Geburt nicht aus freien Stücken beglichen, dann übergiebt die Hebamme die Rechnung ohne weiteres der Ortsbehörde (Gemeinderat), welche sofort bezahlt und nunmehr die gutfindenden Schritte zur eigenen Deckung einzuleiten hat. Wir ersparen damit der Hebamme den Verlust und auch das umständliche widerwärtige Betreibungsverfahren, bei dem oft nichts als Unkosten heraussehauen, welches also auch kein wirksamer Rechtsschutz für eine sauer verdiente und gerechte Forderung ist.

Schluss.

Wie wir im Verlaufe unserer Untersuchungen gesehen haben, ist das Hebammenwesen durch die kantonale Gesetzgebung mehr oder weniger geregelt worden, aber es ist nicht zu einer Übereinstimmung unter den Kantonen gekommen. Wir treffen deshalb von Grenze zu Grenze wieder andere Verhältnisse bezüglich Patenterwerb, Ausbildung, Berufsausübung und Löhnung. Unterschiede, die sowohl für die Hebamme als für die Pflegebefohlenen zu Ungerechtigkeiten führen, indem die Belohnung einerseits, die Pflege andererseits je nach dem Wohnsitz eine bessere oder schlechtere ist. Diese Ungleichheit sollte beseitigt werden. Die Lohnverhältnisse insbesondere lassen zu wünschen übrig, und die ökonomische Stellung der Hebammen kann im Verhältnisse zu der Schwere des Berufs durchaus keine glänzende genannt werden. Eine einheitliche Gesetzgebung würde da viel zu verbessern finden, und es ist auch die Pflicht des Staates, dieses Ziel anzustreben. Darin kann er sowohl ermuntert als unterstützt werden durch die Hebammen selbst. Aufgabe der Hebammen ist es, sich zusammenzuschliessen, denn nur durch Einigkeit bilden sie eine Macht, die der Staat berücksichtigen

muss. Eine solche Vereinigung besteht nun allerdings, aber sie hat eine zu geringe Ausdehnung. Noch nicht überall ist den Hebammen zum Bewusstsein gekommen, in welcher Weise sie sich ihre Rechte am besten wahren können, sie hoffen immer zu viel von andern und nichts von sich selbst. In einigen Kantonen existieren Hebammenvereine, in denen durch Vorträge das Wissen erweitert wird und man sich über die Standesinteressen ausspricht. Auch ein schweizerischer Hebammenverein wurde ins Leben gerufen, ein Fachorgan gegründet, sowie Hülfskassen aus Mitgliederbeiträgen geäuftnet. Allein diese ganze Organisation liegt noch in den Anfängen. Der Verband unter den Vereinen ist ein lockerer. Dem schweizerischen Hebammenverein stehen nicht nur die welschen, sondern auch deutsche Hebammen kühl gegenüber, ja Austritte von Mitgliedern kommen vor, oft unter der Motivierung, dass die ökonomische Stellung die Leistung von Mitgliederbeiträgen erschwere. Aber die Vereinigung hat ja gerade den Zweck, den Hebammen eine geachtete Stellung und ökonomisch befriedigende Lage zu sichern. Aus diesem Grunde sollten alle Hebammen dem schweizerischen Hebammenvereine beitreten, um als geordnetes machtvolles Ganze berechnigte Interessen zu wahren und die Berufsbildung selbst zu fördern. Nur so kann ein bestimmender Einfluss auf die Gesetzgebung und eine einheitliche Regelung der so zerfahrenen Verhältnisse erwartet werden. Die schweizerischen Hebammen sollten sich organisieren und die *Vereinheitlichung* des *Hebammenwesens* nach folgenden Grundsätzen anstreben:

In erster Linie wird der Art. 33 der Bundesverfassung auch auf den Hebammenberuf angewendet. Die *Freizügigkeit* des Medizinalpersonals hat sich auch auf die Hebammen zu erstrecken, und der Bund sorgt dafür, dass für die ganze Schweiz gültige Hebammenpatente erworben werden können.

Die Kosten der Prüfung, des Unterrichts, überhaupt der ganzen Ausbildung, sind dem Staate (Bund, Kantone und Gemeinden) zu überbinden.

Im Interesse einer überall auf gleicher Höhe stehenden Berufsbildung soll der Unterricht und Prüfungsplan für die ganze Schweiz einheitlich geregelt werden, ebenso die Bestimmungen über die Dauer der Kurse und über die an die persönlichen Eigenschaften der Hebammen zu stellenden Anforderungen.

Nicht weniger sollen die Pflichten der Hebammen, auf wissenschaftlichen Grundsätzen aufgebaut, in einer für die ganze Schweiz gültigen Instruktion niedergelegt werden.

Was die Anstellungsverhältnisse anbelangt, soll die Zahl der Hebammen zwar den territorialen Verhältnissen angepasst, aber nach bestimmter Vorschrift im

Verhältnis zu einer gewissen Kopffzahl der Einwohner festgesetzt werden.

Die Ausrüstung (d. h. Lehrbuch, notwendige Hebammengerätschaften, Medikamente, Verbandstoffe, Desinfektionsmittel) soll in allen Kantonen genau dieselbe sein. Die Gemeinden tragen sämtliche Kosten auch für Ersatz abgenutzter oder zu Grunde gegangener Gerätschaften, sowie für Erneuerung der Medikamente, Desinfektionsmittel, Verbandstoffe, soweit deren Anschaffung und Gebrauch den Hebammen vorgeschrieben ist. Das Rückfallsrecht an die Gemeinden kann aufrecht erhalten oder auch fallen gelassen werden; sehr oft hat es ja keinen Zweck, abgenutzte Gegenstände dem Staate wieder zuzustellen, denn in der Regel wird man einer neuangestellten Hebamme eine neue Ausrüstung übergeben müssen, die gebrauchten Gegenstände sind aber meistens vollständig wertlos. Grossen praktischen Wert und ökonomischen Vorteil hat das Rückfallsrecht nicht; anders liegt die Sache bezüglich der Unterrichtskosten. Eine Rückerstattung unter gewissen Bedingungen und in genau umschriebenem Umfange halten wir für gerechtfertigt.

Die Entschädigungsverhältnisse bedürfen dringend einer einheitlichen Regelung, denn es ist unzulässig, ein und dieselbe Dienstleistung, Pflichtenlast und Verantwortlichkeit am einen Orte so und am andern Orte um vieles schlechter zu stellen. Zwar können die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse und Unterschiede zwischen Stadt und Land, Gebirgs- und Flachkantonen in Betracht gezogen werden, allein unter allen Umständen soll sowohl mit Bezug auf das Wartgeld als auf den Stücklohn ein einheitliches, mittleres und befriedigendes, einer anständigen Lebenshaltung entsprechendes Mass der Löhnung festgesetzt werden. Als *Lohnsystem* würde uns die *Staatsbesoldung* am besten gefallen, d. h. die Ausrichtung eines bestimmten Jahresgehalts (Wartgeldes) durch die Gemeinden, eventuell mit Unterstützung des Staates. Logisch richtig wäre dieses System, weil wir im übrigen die Hebammen als Staatsbeamte behandeln. Die Besoldung müsste sich in den Grenzen von *Fr. 1500—2500* bewegen. Die Hebammenhülfe wird allgemein unentgeltlich geleistet. Besondere Bestimmungen betreffend Armenfürsorge sind hinfällig. Dienstleistungen allerdings, die nicht zum eigentlichen Berufe der Hebammen gehören, könnten nach einem mässigen Tarife besonders vergütet werden. In letzter Linie wäre für diese Kosten die Gemeinde den Hebammen gegenüber haftbar.

An Stelle des Wartgeldes kann auch der *Stücklohn* allein treten. Dann soll sämtlichen Hebammen der Schweiz an der Hand eines *einheitlichen Tarifes* ein mittleres durchschnittliches Einkommen von

Fr. 1500—2500 gesichert werden. Gegenüber Armen und Bedürftigen und in allen Fällen, wo nicht innert einer bestimmten Frist Zahlung geleistet wird, ist die Hebamme von allen weitem Formalitäten entbunden. Der Staat kommt bedingungslos für die Kosten auf, vorausgesetzt, dass sie sich im Rahmen des Tarifes bewegen. Der Staat, resp. die Gemeinden haben dann das Rückgriffsrecht, sei es, dass das Armengut bezahlt oder der Schuldner vom Staate zur Zahlung angehalten wird. Auf die Technik einer Verstaatlichung treten wir an dieser Stelle nicht weiter ein und schätzen nur approximativ die Kosten einer gänzlichen Übernahme des Hebammenwesens durch den Bund auf ca. *Fr. 2.40* pro Kopf der Bevölkerung. Die Kosten würden sich zusammensetzen aus

den Kosten für den Unterricht (laut Bernertarif)	Fr. 300 pro Hebamme
den Kosten für die Ausrüstung (laut Bernertarif)	„ 80 „ „
den Kosten für die Erneuerung der Ausrüstung	„ 50 „ „
den Kosten für die Besoldung im Höchstbetrage	„ 2500 „ „
	Fr. 2930 pro Hebamme

Die Bevölkerung der Schweiz zählt zur Zeit 3,039,835 Seelen. Wollte man je auf 1200 Seelen 1 Hebamme erwählen, so wären für das ganze Gebiet der Schweiz 2533 Hebammen nötig. Die sämtlichen Kosten würden dann betragen $Fr. 2533 \times 2930 = Fr. 7,421,690$ oder *Fr. 2.40* pro Kopf der Bevölkerung.

An eine Verstaatlichung in diesem Sinne denken wir allerdings zur Zeit noch nicht, aber eine einheitlichere Gesetzgebung halten wir für durchaus notwendig und möglich. Nicht wenig hängt natürlich von dem Verhalten der Hebammen ab, bis zu welchem Zeitpunkte die Stellung der Hebammen im ganzen Schweizerlande eine bessere und eine geregelte ist und dieser Erwerbszweig zu einem geachteten, lohnenden und befriedigenden, aber auch auf der Höhe der Wissenschaft stehenden wird. Allein auf das Vorgehen der Hebammen allein kann der Staat nicht abstellen, er muss von sich aus eine Vereinheitlichung des Hebammenwesens anstreben, und er erfüllt diese Aufgabe im Interesse des allgemeinen Wohles der lebenden und künftigen Generation!

Litteratur.

1. *Baas, Hermann*, Die geschichtliche Entwicklung des ärztlichen Standes. Berlin 1896.
2. *Schröder, Dr. Carl*, Lehrbuch der Geburtshülfe. Bonn 1884.

3. *Zweifel*, Dr. *Paul*, Lehrbuch der Geburtshülfe. Stuttgart 1892.
4. *Guillaume*, Dr., La santé publique dans le canton de Neuchâtel en 1888. Neuchâtel 1889.
5. *Tessin*: Leggi e Regolamenti cantonali sulla pubblica igiene. Bellinzona 1891.
6. *Freiburg*: Loi sur la Police de Santé 1850. Beschluss betreffend Festsetzung der Hebammengebühren vom 28. April 1894.
7. *Unterswalden nid dem Wald*: Gesetzbuch, I. Band. Stans 1890.
8. *Unterswalden ob dem Wald*: Verordnung betreffend Förderung des Hebammenwesens vom 25. April 1895.
9. *Solothurn*: Gesetz über das Hebammenwesen vom 13. Dezember 1896.
10. *Thurgau*: Hebammenverordnung für den Kanton Thurgau vom 20. April 1889.
11. *Baselland*: Gesetz über das Sanitätswesen vom 28. Mai 1865.
12. *Baselstadt*: Hebammenordnung für den Kanton Baselstadt vom 27. Februar 1869. Instruktion für die Hebammen des Kantons Baselstadt vom 15. Oktober 1869.
13. *Wallis*: Gesetzesentwurf über die Gesundheitspolizei vom 13. Februar 1895.
14. *Schaffhausen*: Verordnung betreffend das Hebammenwesen vom 11. Oktober 1893.
15. *Waadt*: Instructions aux sages-femmes du 4 octobre 1894. Règlement concernant l'Ecole cantonale des sages-femmes du 24 août 1893.
16. *St. Gallen*: Verordnung über das Hebammenwesen (Sanit.-demograph. Wochenbulletin 1895, Nr. 32/33) vom 21. Mai 1895.
17. *Zug*: Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 3. Hornung 1879. Verordnung über das Hebammenwesen vom 8. Januar 1885. Abänderung der Verordnung über das Hebammenwesen v. 15. Juli 1896 (Sanit.-demograph. Wochenbulletin, 11. August 1896, Nr. 31).
18. *Graubünden*: Sanitätsordnung des Kantons Graubünden vom 1880. Instruktion für die Hebammen. Chur 1880.
19. *Luzern*: Gesetz über das Gesundheitswesen des Kantons vom 29. Februar 1876. Verordnung betreffend das Hebammenwesen im Kanton Luzern vom 5. April 1879. Verordnung betreffend Prüfung jener Medizinalpersonen, welche ein kantonales Patent erhalten, vom 5. April 1879. Gesetz betreffend die Hebammengebühren vom 28. Mai 1896 (1896, Sanit.-dem. Wochenbulletin Nr. 33).
20. *Zürich*: Verordnung betreffend die Hebammen vom 6. März 1890. Pflichtordnung für die Hebammen vom 15. Juli 1891. Kreisschreiben an die örtlichen Gesundheitsbehörden und Hebammen des Kantons vom 16. Juli 1894. Kreisschreiben an die Gesundheitsbehörden und Hebammen des Kantons vom 15. März 1897 (Sanit.-demographisches Wochenbulletin Nr. 15, April 1897).
21. *Schwyz*: Medizinalordnung für den Kanton Schwyz vom 14. Juli 1878. Verordnung über das Hebammenwesen vom 15. März 1895. (Sanit.-dem. Wochenbulletin vom 16. April 1896. Nr. 14.)
22. *Bern*: Règlement für die Hebammenschule in der kantonalen Entbindungsanstalt Bern vom 13. Juli 1889. Instruktion für die Hebammen des Kantons Bern vom 1. Juli 1885. Tarif für die Hebammen des Kantons vom 14. Januar 1896 (Sanit.-demograph. Wochenbulletin Nr. 15, 21. April 1896).
23. *Appenzell A.-Rh.*: Sanitätsverordnung für den Kanton Appenzell A.-Rh. vom 23. März 1887. Pflichtordnung für die Hebammen vom 28. März 1889. Regulativ betreffend das Hebammenwesen und die Heranbildung von Pflegerinnen vom 14. März 1888. Vertrag über die Aufnahme von Hebammenschülerinnen des Kantons Appenzell A.-Rh. zum Zweck der beruflichen Ausbildung in der kantonalen Entbindungsanstalt St. Gallen vom 6. August 1888.
- 23*. *Appenzell I.-Rh.*: Sanitätsverordnung.
24. *Aargau*: Revid. Gesetzgebung. Bd. I—IV.
25. *Neuchâtel*: Arrêté dispensant de l'examen les dentistes et sages-femmes, porteurs de titres reconnus suffisants, du 3 juillet 1891.
26. *Glarus*: Landbuch des Kantons Glarus. II. Teil. 1892.